

aufbau



klassenkampf
frauenkampf
kommunismus

55

november/dezember 2008
fr. 3.-/euro 2.-
www.aufbau.org

INNSE Kampf
vor dem Fabrikator in
Mailand **3**

STREIK Die
kämpferischen Frauen
von Bellinzona **4**

INDIEN Die
MaoistInnen haben
die Städte erreicht **10**

ASYLWESEN Die
Schweiz als
Gefängnis **13**

«Was ist ein Dietrich
gegen eine Aktie?
Was ist der
Einbruch in einer
Bank
gegen
die
Gründung
Bank?»

Bert Brecht, Die Greigroschenoper.

Was ist die Gründung
einer Bank gegen die
Rettung
einer
Bank?

«Dass die Kapitalisten so sehr ge-
gen das -droit au travail- schrien,
nun überall von den Regierungen
-öffentliche Unterstützung- ver-
langen(...), also das -droit au
profit- auf allgemeine Unkosten
geltend machen, ist schön»,

Karl Marx an Engels, 8. Dezember 1857.

Dieser Staat ist
der Staat des
Kapitals.

POLITISCHE GEFANGENE

Heisser Dezember der Gefangenen

Weltweit machen Gefangene für einen heissen Dezember Dampf! Aus Süd- und Zentralamerika treffen zahlreiche Vorschläge für gemeinsame Kämpfe mit europäischen Gefangenen ein. In Griechenland sind es bereits 4000, die im Dezember in den Hungerstreik treten, in Italien bereiten sich die Lebenslänglichen auf eine langandauernde Kampfphase vor und werden durch Lebenslängliche aus den deutschen Knästen verstärkt. In spanischen Knästen wird ebenfalls gegen die zunehmende Verschärfung der Gesetze und Haftbedingungen zu Hungerstreiks aufgerufen und es werden Verbindungen in europäische Knäste geknüpft.



Im spanischen Staat geht das Gefangenenskollektiv der Pce(r) und der GRAPO in einen unbefristeten Hungerstreik: seit Freitag 17. Oktober streiken sie als Kollektiv jeden Freitag, gegen die Scheinprozesse, das Gesetz der Parteien und für die Amnestie.



Die präventive Konterrevolution im spanischen Staat greift nicht nur die Komitees für eine RHI massiv an und steckt die GenossInnen in die Knäste, auch die ungebrochenen langzeitpolitischen Gefangenen sind immer stärkeren Angriffen ausgesetzt. Selbst schwer Kranke kommen nach Ablauf der Haftzeit nicht einfach raus! Die Kampfmassnahme des Kollektivs der politischen Gefangenen richtet sich selbstverständlich auch gegen diese Massnahmen und für die Verteidigung revolutionärer Identität von Gefangenen.

In der Schweiz wird Marco Camenisch in einen 30 tägigen Hungerstreik treten und sich mit der weltweiten Mobilisierung in den Knästen gegen die Verschärfung der Repression solidarisieren. Die Mobilisierungen gegen die AKW's wie das WEF unterstützt er damit auch. In der Aufzählung dürfen wir nicht die hunderten türkischen Gefangenen vergessen, die jedes Jahr mit einem Hungerstreik den Massakern vom 19.12. in den türkischen Gefängnissen gedenken und gegen die Einführung der F-Typ-Gefängnisse kollektiv protestieren!

Solidarität ist unsere Waffe – setzen wir sie ein!

Für weitere aktuelle Infos: www.sri-rhi.org, Rote Welle, Radio Lora: 14.12., 18-20h

Aufbau Vertrieb

An- und Verkauf proletarischer und kommunistischer Literatur

BASEL
Bläsiring 86
Donnerstags von 18 bis 20 Uhr
E-Mail: basel@aufbau.org

ZÜRICH
Kanonengasse 35
(im Hinterhaus, Eisentreppe)
Samstags von 11 bis 16 Uhr

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Basel
Bläsiring 86 (Parterre) in Basel
Geöffnet jeden Donnerstag von 18 bis 20 Uhr

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Bern
Das Lokal, Mitte Zaanweg in Bern
Jeden Mittwoch von 17 bis 19 Uhr

Zentrum vom Revolutionären Aufbau Zürich
Meinrad-Lienertstrasse 15 in Zürich
→ Infos im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus)
jeden Samstag von 11 bis 16 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeberinnen

Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich
Revolutionärer Aufbau Basel, Postfach 348, 4007 Basel
Revolutionärer Aufbau Bern, Postfach 87, 3174 Thörishaus
Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.ch

Redaktion (red)

Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Bern (rab),
Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskämpfe Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafb),
Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkbb),
Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf),
Rote Hilfe-AG Anti-Rep (rh-ar), Kulturredaktion (kur)

Redaktion und Vertrieb Schweiz

aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, Fax 04 240 17 96, PC-Konto 80-33638-5
Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

2 aufbau nr. 55 – november/dezember 2008



Demonstration durch die Zürcher Bahnhofstrasse am 15.11.2008 zur Finanzkrise

Editorial

Leider ist das Desaster des Kapitalismus auch dadurch noch lange nicht überstanden, dass er - dieses Mal in gesteigertem Ausmass - seine Unfähigkeit und Destruktivität demonstriert. Es krachen nicht nur Spekulationsblasen in sich zusammen, wir erleben eine weltumspannende Finanzkrise, flankiert von einer Energie- und Nahrungskrise und einer Krise der Realökonomie.

Die Auswirkungen all dieser Krisen werden nicht die Verursacher tragen, diese üben sich gerade in ideologischer Schadensbegrenzung: Von Finanzmarktregulierungen und Kontrollmechanismen ist die Rede, auf dass sich die Balken an der Grenze zur Komik biegen. Mancher Banker ist angesichts der Ereignisse sogar zum Busgang bereit, so Peter Kurer von der UBS im Wortlaut. Darüber soll man lachen, zu durchsichtig ist die Absicht, das marode System am potentiellen Volkzorn vorbeizuwirtschaften. Dass die Mehrheit in diesem und in anderen Ländern nach der grossen Nothilfe noch schlimmer getreten werden wird, steht ausser Zweifel. Oder sollen etwa die betretenen Gesichter der Verantwortlichen als Entschädigung gelten, wenn erklärt wird, dass die Verluste wohl oder übel mit Steuergeldern bestritten werden? Den KrisenmanagerInnen dieser Tage zu glauben, grenzt jedenfalls an unverzeihliche Naivität oder ist mit Aktien beim System erklärbar.

Für alle anderen unter uns brechen gerade neue Zeiten an. Solche, in denen sich die VertreterInnen des Systems in der ideologischen Defensive befinden. Solche, in denen sich die Dinge unheimlich schnell ändern, und das, was als sicher galt, uns in Windeseile um die Ohren fliegen kann. Wir befinden uns gerade im Angesicht des wirtschaftlichen Chaos und einer überforderten kapitalistischen Elite. Was bisher als Selbstheilungskräfte des Marktes gepriesen worden ist und als Reinigung des Kapitalismus, wird künftig ausbleiben, und das ist gut so. Denn dass es den Menschen danach jemals besser gegangen wäre, ist erfahrungsgemäss so gut wie ausgeschlossen. Darum sollten wir die Segel auf Sturm setzen, auf Kreativität und Militanz - gegen das System.

Für neue Leserinnen und Leser

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

«Wir brauchen einen Chef, den wir bekämpfen können»

INNSE Im Oktober besuchten wir den Streikposten der INNSE-Arbeiter in Mailand und führten mit ihnen ein Interview.

(rabs) Die Fabrik liegt am Rand der Stadt Mailand in einem Industriequartier. Schon von weitem kann man auf der sonst verlassenen Strasse einen Wohnwagen und Fahnen erkennen. Auch die Polizei ist präsent. Sie bewacht ein grosses Gittertor, das in die Mauer, die das Fabrikgelände umgibt, eingelassen ist. Die Arbeiter haben Tische und Stühle aufgestellt, an der Wand hängen verschiedene Solidaritätsbotschaften. Der Raum, in dem wir uns aufhalten, ist improvisiert: Nur auf zwei Seiten hat es richtige Wände, die Rückwand besteht aus einer Plastikplane.

Wir beginnen das Interview mit einem einzelnen Arbeiter und befragen ihn zum Ablauf dieses Arbeitskampfes. Andere setzen sich hinzu und folgen dem Gespräch. Nach einiger Zeit verabschiedet sich unser Gesprächspartner. Wir sind umgeben von den Streikenden, die mit der Zeit immer lebhafter ihre Ansichten vertreten und auch untereinander über unsere Fragen zu diskutieren beginnen. Wenn sich wieder einer zu uns setzt, kommt immer als erstes die Frage, wer wir eigentlich seien, von wo wir kämen, welcher Organisation wir angehörten.

Die INNSE (Innocenti Sant Eustacchio)-Fabrik stellte früher die bekannten Lambretta-Motorräder her. Deren Produktion wurde verlegt, worauf sich die Fabrik auf Stanzmaschinen für Autoteile spezialisierte, die bis zu 14 Meter lang sind.

Weshalb wurdet ihr entlassen?

■ Genta, der Besitzer der Fabrik, hat diese vor zwei Jahren von der Regierung für den Spottpreis von 700000 Euro gekauft. Die Auflage dabei war, die Fabrik wieder in Schwung zu bringen. Genta hat nun aber vor, die Fabrik still zu legen und die Maschinen einzeln zu verkaufen. Alle Maschinen zusammen haben einen Wert von etwa 10 Millionen Euro. Das Gelände hingegen gehört der AEDS, einer Immobilienfirma, die auch daran interessiert ist, dass die Fabrik abgerissen wird. Sie planen hier und auf dem benachbarten Gelände eine grosse Überbauung.



ArbeiterInnen der INNSE

Wie verlief die Besetzung der Fabrik?

■ Als wir am 3. Juni bei der Fabrik ankamen, war diese von 50 bis 100 PolizistInnen bewacht. Wir zögerten nicht lange und kletterten über die Mauer, die das Fabrikgelände umgibt. Einmal in der Fabrik setzten wir unsere Arbeit fort, als sei nichts geschehen. Am 17. September wurde die Fabrik in der Nacht geräumt, während nur zwei Arbeiter Wache hielten. Diese wurden von den PolizistInnen vor die Tür gestellt. Diese Räumung ist unerhört. Es ist die erste Räumung einer Fabrik in Betrieb seit 1944. Nun darf niemand mehr das Gelände betreten ohne die Begleitung der Polizei.

Was sind eure Ziele bei der Besetzung der Fabrik und der Weiterführung der Produktion?

■ In erster Linie wollen wir natürlich unsere Arbeit behalten. Andererseits sind wir auch sehr verbunden mit dieser Fabrik, da wir schon lange hier arbeiten. Weiter kann, sobald eine Fabrik über einige Zeit stillsteht, die Produktion nicht mehr von einem Tag auf den nächsten wieder aufgenommen werden. Die Maschinen müssen zuerst in Stand gestellt werden, und das braucht seine Zeit. Wenn aber eine Fabrik verkauft wird, während sie in Betrieb ist, hat der Käufer ab dem ersten Tag einen



Solidarität über die Grenze hinweg

Gewinn. Und natürlich hoffen wir, dass andere ArbeiterInnen durch unseren Kampf ermutigt werden.

Inwiefern hat sich die Arbeit nach der Besetzung verändert?

■ Die hohe Qualität der Produkte hat sich nicht verändert. Die Stimmung während der Arbeit war aber ohne Chef eine ganz andere. Wir waren alle viel weniger unter Druck, es wurde mehr gespielt, gelacht. Wenn einer müde war, konnte er nach Hause gehen um sich auszu-ruhen. Und doch wurde die anstehende Arbeit erledigt. Wir arbeiten seit 20 bis 30 Jahren in dieser Fabrik, für uns ist Arbeiten eine ganz natürliche Angelegenheit. Die Kantine organisierten wir im Kollektiv: Der Reihe nach kochten wir und besorgten den Abwasch, egal auf welcher Hierarchiestufe sich jemand vorher befunden hatte. Das war natürlich eine gewisse Genugtuung für uns, als wir unsere Vorgesetzten beim Abwasch fotografieren konnten. Ausserdem schmeckte das Essen bedeutend besser als vorher, als eine auswärtige Firma die Kantine betrieb. Einige Arbeiter stellten sich als hervorragende Köche heraus.

Wer nahm euch die produzierte Ware ab?

■ Herr Ormis, der schon vorher Produkte von INNSE bezog und auch am Kauf der Fabrik interessiert ist, ging mit uns folgenden Handel ein: Wir produzierten weiterhin die von ihm benötigten Produkte, die er bei uns abholen konnte, sofern er uns einen neuen Auftrag gab. So hatten wir die Garantie, dass uns die Arbeit nicht ausgeht und Ormis konnte weiterhin unsere Produkte beziehen.

Dann hat Ormis euch auch für eure Arbeit bezahlt?

■ Nein, wir haben seit Ende Juli keinen Lohn mehr für unsere Arbeit erhalten! Das Geld, das Ormis für unsere Produkte bezahlte, ging zu Herrn Genta, dem Patron, nicht zu uns. Er profitierte weiterhin von unserer Arbeit, hat uns aber nur zwei Monatsgehälter zukommen lassen. Er schuldet uns also noch eines.

Wie haltet ihr euch über Wasser? Musstet ihr einen neuen Job annehmen?

■ Es ist sehr schwierig. Wir müssen ja weiterhin die Mieten bezahlen, die Hypotheken bedienen, die Familie ernähren usw. Und von der Arbeitslosenversicherung werden wir noch lange kein Geld sehen. Wir können uns erst Ende Oktober dafür anmelden und dann wird es sicher noch einen Monat dauern, bis das erste Arbeitslosengeld eintrifft. Mit der Hilfe von Eltern, Verwandten und Freunden schaffen wir es aber knapp. Einige haben auch Darlehen von Banken erhalten. Niemand von uns ist auch nur auf der Suche nach einer anderen Stelle. Wir wollen weiter hier arbeiten.

Haben die INNSE-Arbeiter Kampferfahrung?

■ Ohne Kampferfahrung hätten wir uns nicht wehren können! Mit allem was wir schon erlebt haben, ist unsere Kampferfahrung tatsächlich sehr lang. Früher war die INNSE-Fabrik viel grösser: In den vier Fabrikhallen arbeiteten 2000 Personen. Die ganze Produktionskette war hier untergebracht, von der Fertigung der Modelle über deren Ausführung bis zum Verpacken und Montieren der Endprodukte. Mit der Zeit wurde aber immer mehr abgebaut, durch Entlassungen oder dadurch, dass Arbeiter, die in Pension gingen, nicht mehr ersetzt wurden. Wir mussten immer wieder schmerzhaft Ereignisse erleben, gegen die wir uns auch zu wehren versuchten. Einige Arbeiter sind ausserdem bei «Operaio Contro» organisiert. Sie wollen die verschiedenen

Kämpfe unterstützen und haben die gleichen Ziele wie eure Organisation.

Machen alle mit beim Widerstand? Wie trefft ihr die Entscheidungen über die nächsten Schritte?

■ Alle 50 Angestellten beteiligen sich. Und bis jetzt ist niemand abgesprungen. Unsere Entscheide fallen wir basisdemokratisch. Dabei kommen die Arbeiter, welche die Maschinen bedienen, mehr zu Wort und sind die bestimmende Gruppe. Vor diesem Kampf konnten sich eher die in den Büros arbeitenden Angestellten durchsetzen.

Solidarisieren sich Gewerkschaften und andere Gruppen mit eurem Kampf?

■ Nicht wirklich. Wir besetzten die Fabrik aus eigenem Antrieb. Die Gewerkschaft sagte uns nach der Entlassung, wir sollten nach Hause gehen. Wir gingen voraus, die Gewerkschaft kam hinterher. Der Generalsekretär der Fiom, des Teils der CGIL (Confederazione Generale Italiana del Lavoro), der die MetallarbeiterInnen organisiert, besuchte uns erst 125 Tage nach der Entlassung. Die Institutionen sind in unserem Fall total gescheitert. Die grosse Solidarität, die den Streikenden von SBB Cargo aus dem ganzen Kanton Tessin zukam, steht im Gegensatz zur Nichtbeachtung unseres Kampfes. Die Regierung der Lombardei, die Gewerkschaft, das zuständige Ministerium in Rom, ja sogar die Polizei sagen, wir hätten Recht mit unserer Forderung nach dem Lohn vom August. Aber niemand handelt.

Ihr habt darauf hingewiesen, dass in Bellinzona der Rückhalt des Streiks bei SBB Cargo in der Bevölkerung sehr gross ist. Wieso konnte dies bei INNSE nicht erreicht werden?

■ Das ist natürlich eine ganz andere Situation! Für den Kanton Tessin sind die Officiere der SBB Cargo sehr wichtig. In Mailand interessierte sich niemand für die INNSE-Fabrik. Der Wirtschaftszweig hat keine Bedeutung mehr und mit 50 Arbeiter ist die Zahl der Entlassenen auch viel niedriger.

Wie seht ihr die Zukunft? Was wäre für euch die bestmögliche Lösung?

■ Wir möchten, dass Ormis die Fabrik übernimmt und weiterführt. Dazu braucht es nur noch die Einwilligung von Genta. Aber der hat sich bis jetzt geweigert, über einen Verkauf auch nur zu diskutieren. Wenn keine Lösung gefunden wird, bleiben wir bis im Frühling hier und nehmen dann die Produktion in Eigenregie wieder auf. Eigentlich sollten wir das Gegenteil machen: Der Winter hier draussen wird hart, in der Fabrik hätten wir warm (lacht).

Ihr möchtet die Fabrik also nicht ab sofort in Eigenregie weiterführen?

■ Nein, das wäre auf Dauer nicht möglich. Wir brauchen einen Chef, den wir bekämpfen können (lacht). Sonst haben wir Streit untereinander. Wir sehen unsere Besetzung als ein Experiment an, nicht als ein Modell, das exportiert werden könnte. Dafür müsste zuerst das kapitalistische System gestürzt werden.

Finanzielle Unterstützung des Arbeitskamps:
Postcheckkonto Nr. 65-2522-7, SEV Bellinzona
Vermerk: Lotta operai INNSE

Sie gingen einfach hin

FRAUENKAMPF Während des Arbeitskampfes der SBB-Cargo in Bellinzona gründen die Frauen eine Frauengruppe und bilden einen aktiven Teil des Arbeitskampfes. Sie entwickeln über den Streik hinaus ihr Kollektiv. Wir haben sie getroffen.

(agfk) «Als wir vom Streik erfuhren, waren wir zu Hause. Eine Welt ist für uns zusammengebrochen!» schilderten einige der Frauen ihre ersten Reaktionen.

Die Arbeitsbedingungen im Tessin sind oftmals prekär. Es gibt viele vom Abbau gefährdete Arbeitsplätze und «den Job zu verlieren bedeutet eine Katastrophe», beschreibt eine Frau anschaulich ihre Angst. Diese Angst um die Existenz, aber auch Wut und Unverständnis prägten die anfänglichen Gefühle. Sie wollten nicht glauben, was da passierte. Auch die Abwesenheit der Männer und deren Unvermögen über ihre Emotionen zu sprechen, liess die Frauen ein Gefühl der Isolation erleben.

Gemeinsam statt einsam

Die Isolation zu durchbrechen, sich als aktiven Teil zu fühlen, als ebenso betroffen und ebenso kämpfend, war für die Frauen der Officina von grosser Wichtigkeit. Sie gingen also hin, die Einen vom ersten Streiktag an, die Anderen etwas später, erst vereinzelt und dann immer geschlossener. Damit entstand das Bedürfnis der Frauen zusammen zu kommen, sich kennen zu lernen und auszutauschen. Die Psychologin und Schauspielerin Antoinette Werner griff dies auf.

Sie kontaktierte die Frauen in der Mitte des Streiks, schlug ihnen vor, eine Frauengruppe zu gründen und ihren Erfahrungen im Arbeitskampf mittels eines Theaters Öffentlichkeit zu geben. Damit war die Isolation endgültig durchbrochen.

Die Gruppe besteht aus unterschiedlichen Frauen. Frauen, die in den siebziger Jahren politisch aktiv waren, Hausfrauen, Arbeiterinnen und Angestellten, aus Müttern und Grossmüttern.

Ein erstes Ziel des Frauenkollektivs war es, die Bevölkerung über den Streik zu informieren. Mit ihrer aktiven Öffentlichkeitsarbeit übernahmen sie eine be-

deutende Rolle im Streik. Die Frauen unterhielten den Kontakt zu den Medien, sie organisierten Führungen durch die Officina, sammelten Spendengelder, sie reisten quer durch den Tessin und organisierten überall Informationsveranstaltungen. Jeden Tag gab es genug zu tun.

Gemeinsam stark statt egoistisch

Die Frauen sprachen von einer starken Solidarität, die sich in der Umgebung während der Streiktage entwickelt hatte.

StudentInnen, GymnasiastInnen und Kinder besuchten die Officina. Zum Mittagessen haben sich zeitweise bis zu 600 Personen versammelt. Es wurden Nahrungsmittel und Geld von Privatpersonen, wie auch von Firmen gespendet. SchülerInnen verzichteten auf ihre Ferien, um ihr Geld in die Officina zu bringen. Grosse Solidarität erlebten die Frauen auch an ihren Arbeitsplätzen.

Die Erfahrung, gemeinsam aktiv zu sein und etwas bewirken zu können, gab den Frauen neuen Mut und Kraft. Sie haben gelernt, so erzählen sie: «...nicht nur auf sich selber zu schauen. Es hat mich zum Nachdenken gezwungen, auch über die Situation anderer. Ich habe gelernt den Egoismus abzulegen...»

In Zukunft wollen sie sich auch für frauenspezifische Anliegen und bessere Arbeitsbedingungen in ihren Jobs einsetzen. Die Frauengruppe ist sich einig über die verschärften sozialen Widersprüche im Tessin und Graubünden. Das Mutterbild einer stillenden und erwerbstätigen Frau steht im völligen Widerspruch zu einer Familienpolitik, in der für 10 000 Kinder nur 400 Krippenplätze vorhanden sind. In manchen ländlichen

Film
Giù le mani

Erstaufführung in der Deutschschweiz:
Der Film von Danilo Catti über den Streik
in den SBB-Werkstätten in Bellinzona

Das Solikomitee Zürich lädt ein:
Frauengruppe "Il Laboratorio Officina Donna" -
Regisseur Danilo Catti -
vom Streikkomitee Gianni Frizzo -

Vor und nach dem Film erzählen sie aus erster Hand
über ihre Erfahrungen und Perspektiven.

13. Dezember 2008
18.30 Uhr
UNIA-Hochhaus
Strassburgstr. 11, Zürich, 6. Stock
organisiert vom Solikomitee Zürich
www.solikomitee.ch / mail@solikomitee.ch

Wie sieht die Zukunft der Cargo-Werke aus?

Regionen gibt es neben dem Kindergarten ab fünf Jahren keine Alternative. Die Lohnungleichheit und der mickrige Mutterschaftsurlaub sind weitere Themen, die Unzufriedenheit auslösen.

Sie kommen zu uns

Die Gruppe trifft sich jeden Montag. Es kommen mal mehr und mal weniger Frauen zu den wöchentlichen Treffen. Dennoch sind sich die Frauen sicher, dass sie nur durch die gegenseitige Solidarität aus der Isolation ausbrechen konnten und die Streikgeschichte kämpferisch mitprägten. Dies kommt im Film «Giù le mani» vom Regisseur Danilo Catti zu wenig zum Ausdruck. Etwas einseitig wird hier die belastende Situation der Frauen dargestellt. Über all diese Erfahrungen erzählen die Frauen der Frauengruppe, der Regisseur und das Streikkomitee an der Film-Veranstaltung am 13. Dezember 2008.

Ein Bauernopfer für die Teilprivatisierung?

BELLINZONA Der Güterverkehr nimmt rasant zu. Dieses profitable Geschäft wollen sich private Investoren wie die Camionneure Pflanzler und Giezedanner nicht entgehen lassen. Hätten deshalb die Officine in Bellinzona geschlossen werden sollen?

(az) Die Schliessung des SBB Cargo Werkes in Bellinzona (Officina) wurde von den Managern der defizitgeplagten SBB Cargo als zwingende Sanierungsmassnahme verkauft und hätte Hunderte zur Arbeitslosigkeit verdammt. Der Streik hat diese Absicht vorerst einmal durchkreuzt. Angesichts des Umstandes, dass die Officina als Betrieb keine roten Zahlen schrieb, stellt sich die Frage, was der tatsächliche Grund des Schliessungsent-scheides ist.

Der Güterverkehr als Profitcenter

Im Zuge der Liberalisierungswelle wurde die SBB im Jahre 1999 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Damit wurde sie aus der Bundesverwaltung ausgegliedert und selbstständig. Sämtliche Aktien liegen bei der Eidgenossenschaft, womit sich an den Eigentumsverhältnissen (vorerst) nichts geändert hat. Die SBB ist aber für eine Privatisierung vorbereitet.

SBB Cargo ist eine Tochtergesellschaft der SBB, so wie BSL Cargo eine Tochtergesellschaft der BSL Bahn ist. Im Gegensatz zu SBB Cargo ist BSL Cargo seit längerem teilprivatisiert, unter anderem mit der Deutschen Bahn AG als Partnerin. BSL Cargo schreibt schwarze Zahlen.

Der Güterverkehr hat im EU-Raum allein seit 1995 um 50% zugenommen, vorab deshalb, weil der Standort der Warenproduktion mehr denn je unter dem Gesichtspunkt der Optimierung des Verhältnisses Produktionskosten/Gewinn ausgesucht wird. Finanziell fallen heute lange Transportwege weit weniger ins Gewicht als beispielsweise die Lohnkosten. Der Gütertransport ist mit anderen Worten eine Dienstleistung, für welche die Nachfrage derzeit ständig steigt - auf der Schiene, im Wasser, in der Luft und auf der Strasse. Welches Transportmittel zum Zuge kommt, entscheidet im freien



Wie sieht die Zukunft der Cargo-Werke aus?

Markt einzig der private Investor, also der ökonomische Faktor und nicht der ökologische. Das ist eine Folge des schon 1991 von der EU verabschiedeten Prinzips des «open access» und des GATS-Abkommens (siehe Kästen).

Die Tücken bei der Privatisierung der Bahnen

Die Schweiz ist bis anhin gegenüber der EU oder im Rahmen des GATS-Abkommens keine Verpflich-

GATS

GATS (General Agreement on Trade in Services) ist einer von drei Verträgen auf dem die im Jahr 1995 gegründete Welthandelsorganisation WTO basiert. GATS soll im Rahmen der Welthandelsorganisation die zu liberalisierenden Bereiche für den grenzüberschreitenden Handel von Dienstleistungen festlegen. Dieses Abkommen sieht vor, dass sich die Mitgliedstaaten zu einer fortgesetzten Marktöffnung verpflichten. Im Verkehrsbereich drohen der Öffentliche Verkehr sowie der Güterverkehr davon betroffen zu sein.

tungen im Bereich Bahntransport eingegangen. Aber der Bund ist frei, Aktien der SBB an Private zu verkaufen, was eine (Teil)Privatisierung wäre. Die Privatisierung der Bahnen in Europa ist freilich keine Erfolgsgeschichte. In England kam es zum Supergau und die ganze Infrastruktur wurde schliesslich renationalisiert. In Estland wurde die Privatisierung der Infrastruktur ebenfalls rückgängig gemacht und die Deutsche Bahn AG sitzt mit ihren Teilprivatisierungsplänen im Wartesaal. Der ehemalige CEO der SBB, Benedikt Weibel, bezeichnet die Privatisierung einer Bahn als eine «logische Unmöglichkeit», weil keine Bahn in Europa ohne Unterstützung der öffentlichen Hand existieren kann. In der Schweiz wird die SBB allein für den Betrieb, Erhalt und Unterhalt der Infrastruktur des Bahnnetzes (also ohne neue Investitionen für die Neat und Bahn 2000) mit CHF 1,4 Milliarden subventioniert, Tendenz steigend.

Der Fall SBB Cargo

Ein Szenario könnte auch darin bestehen, die Infrastruktur beim Staat zu belassen und das Betreiben der Bahn ganz oder teilweise zu privatisieren. In der Schweiz dürfte dieses Szenario im Bereich des Personentransportes auf stark frequentierten Bahnstrecken für privates Kapital interessant sein, aber politisch kaum auf Akzeptanz stossen. Anders verhält es sich beim Gütertransport, womit wir wieder bei der SBB Cargo und beim Streik der Officina sind. Aus kapitalistischer Sicht macht beim Güterverkehr (unter Abwälzung der Infrastrukturkosten an die SteuerzahlerInnen) eine Teilprivatisierung durchaus Sinn, und politisch scheint der Deal schon perfekt zu sein. SBB Cargo hat im Herbst dieses Jahres die wichtigsten Schweizer Camionneure (Pflanzler und Giezedanner) eingeladen, bei ihr als Partner einzusteigen. Die Rede ist von 30 bis 40% Kapitalbeteiligung. Je schlanker die Strukturen, je kostengünstiger die Reparaturwerkstätte, desto höher der Einstiegspreis. Warum also nicht eine an sich rentable Werkstatt auf Kosten der ArbeiterInnen liquidieren und sich alle Optionen für einen Ersatz an einer billigeren Produktionsstätte offen lassen?

«Jawoll, wir bewegen was!»

BAHNSTREIK In Deutschland haben die Böhler dreist der DB getrotzt und leider doch nicht herausgeholt, was sie sich wünschten. Aber der Kampf hat seine Spuren hinterlassen, unter anderem eine Basisgruppe, die nach wie vor plant, sich die Möglichkeiten für den Kampf zu schaffen.

(az/agfk) 2007 verblüffte uns die Gewerkschaft Deutscher Lokführer (GDL) mit offensiven Forderungen im Eisenbahnerstreik. Die kleine Gewerkschaft mit einem CDUler an der Spitze wurde kontrovers diskutiert, weil sie als Fachgewerkschaft einen separaten und besseren Tarifvertrag forderte als die Einheitsgewerkschaft trans.net¹. Heute wissen wir, dass es sich bei den Forderungen um leere Worte der GDL-Spitze handelte. Dass es der GDL einzig darum ging, sich als Verhandlungspartner aus der Bedeutungslosigkeit zu heben, und nicht darum, die Forderungen der Basis ernsthaft durchzusetzen, schildert ein Vortrag zweier Basismitglieder². Die Enttäuschung kehrten einige Kollegen in den Versuch um, sich unabhängig in der Basis zu organisieren. Trotz massivem Druck durch die Deutsche Bahn und GDL lässt die Basisgruppe monatlich die Zeitung «Standpunkt»³ zirkulieren und versucht, dem Unmut der KollegInnen Gehör zu verschaffen. Wir haben einen aktiven Lokführer nach Rodi eingeladen und ihn dort interviewt:

Was war der Punkt, an dem Kollegen sagten, so jetzt reicht uns, wir streiken jetzt?

■ Der Streik selber ist ja von der Gewerkschaft initiiert worden. Aber die Kampfstimmung kam von den Kollegen. Die Unruhe, weil wir nicht an die Öffentlichkeit treten durften, war während des Streiks massiv. Die Kollegen hatten ja alle persönliche Anliegen, warum sie frisch in die Gewerkschaft eingetreten sind und streikten. Aber an den Pressekonferenzen und Interviews haben immer nur die Gewerkschaftschefs das Wort gehabt. Die Kollegen selber konnten nie ihre Meinung offen unter den Leuten manifestieren, also dort, wo sie tagtäglich ihre Arbeit leisten. Da hat sich ein Druck aufgebaut, der sich irgendwann selbständig gemacht hat. In dem Moment, als die Gewerkschaft die Arbeit der Kollegen nicht repräsentiert hat, also nicht da gewesen ist für die Leute, haben wir uns von alleine in Bewegung gesetzt, ohne die Funktionäre zu fragen.

Hintergrund

Der Streik bei SBB Cargo in Bellinzona ist schon einige Monate her, aber er bewegt bis heute – er ist eine Lokomotive, die von der Basis her zieht: kämpferisch und vielfältig. An Versammlungen mit Hunderten von KollegInnen und GenossInnen aus der ganzen Schweiz und dem angrenzenden Ausland wurden Erfahrungen ausgetauscht: über die Arbeitsbedingungen bei der Bahn, über den Umbau des Transportwesens, und darüber, wie die Kämpfe aus den Werkstätten hinaus in die Klasse getragen werden können. Diese Doppelseite versammelt Beiträge, die aus diesen Diskussionen entstanden sind.

Und weshalb wolltet Ihr den Streik auf die Strasse tragen?

■ Dieser Weg auf die Strasse war wichtig, damit in erster Linie die Kollegen ihr tatsächliches Anliegen öffentlichen konnten. In zweiter Linie war es wichtig, die Diskussion mit der Bevölkerung zu suchen, damit wir noch mehr Unterstützung bekommen. Es war, wenn es auch nur punktuell stattfand, eine wichtige Erfahrung und ein gutes Ergebnis, als wir auf die Strasse gingen. Dabei sind wir sehr schnell an die Grenze gestoßen, dass diese eigene Öffentlichkeitsarbeit der Kollegen nicht in das Konzept der Gewerkschaftsfunktionäre passte. Sie wollten bestimmen, was unsere Interessen sein sollten, und zwar die der GDL. Das endete dann auch in der Streikverdrossenheit der Mitglieder. Immer weniger verstanden noch, warum und wofür gestreikt werden sollte. Zuletzt sollte nochmals für eine Unterschrift unter einen Tarifvertrag gestreikt werden, den die Mitglieder nicht kannten. Aber auch dieser angedrohte Streik wurde von der Gewerkschaftsführung abgesagt. Diese Absage hatte auch den Hintergrund, dass bei einem möglichen, wenn auch fragwürdigen Streik der gesamte öffentliche Nahverkehr in Berlin bestreikt worden wäre, da die Bus-, Tram- und U-Bahn-Fahrer schon im Streik waren. Diese Brisanz wurde von der Politik erkannt und drängte die GDL und die Bahn zum Einlenken. Berlin war ein Pulverfass und die Politik hat die Zündschnur ausgetreten.



Ein Herz für die Lokführer ...

Ihr arbeitet im Alltag als Zugbegleiter oder Lokführer hauptsächlich allein. Wie habt ihr es geschafft, etwas gemeinsam im Kollektiv zu erreichen?

■ Der Gemeinschaftssinn hat sich durch das Zusammenkommen während des Streiks erst richtig gebildet. Wie du richtig sagst, wir sind täglich Einzelkämpfer. Die Lokführer sitzen vorne alleine in der Lok, und die Kollegen von der Zugbegleitung sitzen alleine auf ihrem Zug. Der Kontakt ist immer auf kleine Gruppen begrenzt. Der Streik war der Punkt, der sonst immer gefehlt hat, wo massiv über die Probleme des Arbeitsalltags diskutiert worden ist. Diese Möglichkeiten gab es vor dem Streik kaum. Die Gewerkschaften hätten zwar Versammlungen einberufen können, nutzten das aber nicht. Dabei hat schon alleine der Punkt, dass man zusammen kommt, eine Verbundenheit und dadurch eine Stärke geschaffen.

Ihr versucht diese Kollektivität zu behalten und seid ja jetzt eine Gruppe, die monatlich eine Zeitung rausgibt. Wie macht Ihr das so?

■ Dieses kämpferische Bewusstsein und die Erfahrungen durch den Streik, die bleiben ja. Die stecken in den Kollegen drin, solange sie noch die Möglichkeit sehen, ihre Interessen zu verwirklichen. Die Gewerkschaften kochen das natürlich auch runter, weil es nicht die Absicht war, dass die Leute kämpferisch agieren. Die unabhängige Basisgruppe, die sich gebildet hat, wurde aber sogar durch den massiven Gegenwind von den Gewerkschaften gestärkt. Unsere monatlichen Treffen geben immer wieder das Gefühl: Jawoll, wir bewegen etwas. Wir warten nicht darauf, dass unsere Möglichkeiten kommen, sondern wir schaffen uns die Möglichkeiten.

Das Streikkomitee in Bellinzona versucht, nach dem Streik die Belegschaft noch besser zu organisieren, indem sie neben den Vollversammlungen noch auf der Ebene der einzelnen Abteilungen regelmässige Treffen abhält. Es geht letztlich darum, die Energie und das offensive Fördern durch die Belegschaft aufrecht zu erhalten. Wie macht Ihr das?

■ Wir sehen das Vorgehen der Kollegen aus Bellinzona als den richtigen Weg an. Dieser ist aus den gewonnenen Erfahrungen notwendig, wenn diese Energie beibehalten werden soll. Aber diese Erfahrungen konnten wir noch nicht machen. Wir haben die Kollegen vor allem kurz nach dem Arbeitskampf zu Treffen mobilisiert. Der Gedanke nach einem alternativen Weg neben den Gewerkschaften ist aber für viele Kollegen noch zu abstrakt. Das Vertrauen in die eigene Kraft ist noch kleiner als das in die Gewerkschaften. Aber es werden immer mehr Kollegen, die sich durch unsere Diskussionen im Arbeitsalltag weiterentwickeln und an die Kraft der Beschäftigten glauben. Auch aufgrund der Erfahrungsberichte aus Bellinzona.

In Eurem Vortrag auf www.labournet.de ist oft die Rede von Enttäuschung. Das setzt ja eine Erwartungshaltung gegenüber der Gewerkschaft voraus. Weshalb war diese so gross?

■ Viele Kollegen haben sich mit dem identifiziert, was die Gewerkschaft versprochen hat. Aber für die GDL waren die Versprechen gar nicht der Inhalt des Arbeitskampfes, deshalb hat sie auch nur ganz wenig durchgesetzt. Sie wollte sich vor allem als Verhandlungspartner legitimieren. Diese Enttäuschung haben fast alle

GDL-Mitglieder das erste Mal gemacht. Auch ich. Es war aber wichtig, diese Erfahrung zu machen und die Enttäuschung dann wieder in kämpferische Gedanken umzuwandeln. Da war es wichtig, dass es von aussen Unterstützung gegeben hat und man schon während der Auseinandersetzung gesagt bekommen hat: «Leute, haltet die Augen offen, es wird nicht anders sein, als bei den anderen Gewerkschaften.» Und mit diesem offenen Auge haben sich nachher die aktiven Kollegen trotz der Enttäuschung zusammengetan.

Wie sahen diese Kontakte zu UnterstützerInnen aus?

■ Die Kontakte sind erst während des Streiks entstanden. Es sind ja viele linke Gruppen wach geworden und haben gedacht, da passiert jetzt etwas. Jetzt wird nicht nur hinterhergerannt und das Vorhandene gehalten, sondern da wird gefordert. Sie sind zahlreich zu den Streiks gekommen, aber mussten uns suchen, weil die GDL den Streik ja nicht unter die Leute auf die Strasse bringen wollte. Es waren verschiedene linke Gedankenrichtungen dabei, von der einen Sorte und der anderen. Nach dem dritten, vierten Besuch konnte man schon unterscheiden, wer sich da darstellen möchte oder wer uns unterstützt. Und man hat sich auch an diese Leute gewandt. Was für uns wichtig gewesen ist, das waren die Gruppen, die sich nicht eingemischt haben und gesagt haben, ihr müsst es so und so machen. Sondern die Gruppen, die gesagt haben «versucht es mal» und uns aber auch gewarnt haben «Passt auf, es kann euch ein Messer bevorstehen.» Und mit diesem Blick ist man auch wacher gegenüber der eigenen Gewerkschaft gewesen. Da sind wir schon weiter gekommen, das war wichtig, auch ganz persönlich. Aber es mussten eben auch die richtigen Gruppen sein. Das muss ja auch jeder für sich entscheiden. Es gibt Kollegen, die hätten vielleicht auf andere Leute gehört oder mit anderen Gruppen zusammengearbeitet. Es war eben eine Entscheidung von den Kämpfenden selber, welcher Unterstützung man traut. Aber wichtig war diese Unterstützung auf jeden Fall.

1 siehe aufbau 51, S. 3

2 <http://www.labournet.de/branchen/dienstleistung/tw/bahn/innenansichten.pdf>

3 <http://www.netzwerkit.de/projekte/standpunkt-gruppe>

Schafft ein, zwei, hundert Officine!

3. Treffen

Die Vernetzungsinitiative für eine kämpferische ArbeiterInnenbewegung, welche vom Streikkomitee *Giù le mani* lanciert wurde, lädt am 7. Februar zum 3. gesamtschweizerischen Treffen nach Rodi (Tessin) ein.

Weitere Informationen auch über die letzten Versammlungen und über Solidaritätskomitees in Eurer Region findet Ihr unter:

www.aufbau.org
www.officine.unia.ch
www.solikomitee.ch

Brandherde und staatliche Löschzüge

KRISE DES KAPITALISMUS Die Brandherde liegen an mehreren Stellen der kapitalistischen Wirtschaft. Wir beleuchten sie im Überblick. Ein spezieller Aspekt ist wahrscheinlich das Platzen einer kreditfinanzierten Konsumblase, ein Grund für die überraschenden keynesianistischen Löschversuche.

(gpw) Die aktuelle Krise des Kapitalismus ist ins dritte Stadium eingetreten. Der Beinahe-Kollaps der Finanzmärkte wirkt auf die mehrwertproduzierende Privatwirtschaft zurück. Doch gehen wir der Reihe nach.

Wir sprechen von Krise des Kapitalismus, nicht weil er nächstens von selbst zusammenbrechen würde, sondern weil ihre Ursachen im Wesen dieser Produktionsweise liegen.

Eine erste Ursache haben wir in unserer Internetzeitung dargelegt¹: Der in der Privatwirtschaft erzeugte Wert inklusive Mehrwert muss die Geldform durchlaufen (s. Kasten). Dieser Tatsache verdanken die Banken und Börsen ihre Existenz. Als Agenten des Zirkulationsprozesses schaffen sie selbst zwar keinen Wert. Sie verwalten und zentralisieren das Geld und leiten es dorthin, wo am meisten Profite zu machen sind. Dafür schöpfen sie einen Teil des im Produktionsprozess erzeugten Mehrwerts ab.

Gigantische Kartenhäuser

Eine zweite Ursache liegt darin, dass sich die Ausbeutungsbedingungen für das Kapital über die Jahrzehnte verschlechtern. Es muss immer mehr in Produktionsmittel investiert werden, um verhältnismässig immer weniger lebendige Arbeit ausbeuten zu können. Dadurch sinken die Profitraten. Zusätzliche Investitionen lohnen sich nicht und unterbleiben. Das ist das Wesen der Kapitalüberproduktionskrise.

Geldkapital, das nicht produktiv investiert werden kann, stürzt sich auf die Finanzmärkte, um dort Gewinne zu machen. Das führt zu grotesken Überbewertungen von Aktien. Neue Arten von „Wertpapieren“ werden konstruiert, damit dieses Geldkapital höhere Gewinne oder wenigstens Zinsen abwirft. Neben den mit Hypotheken unterlegten Papieren, spielen jetzt die Credit Default Swaps (CDS) eine wichtige Rolle – siehe Kasten. Diese Kartenhäuser stürzen eines nach dem anderen zusammen. Das brachte zunächst Banken und Versicherungen an den finanziellen Abgrund².



Staatliche Geldmaschinen

Im zweiten Stadium drohte deshalb die Gefahr, dass Banken und Börsen den Unternehmen kein Geldkapital mehr zur Verfügung stellen. $G - W$ wäre blockiert, trotz den Billionen von überschüssigem Geldkapital. Die Notenbanken und Staaten sprangen deshalb mit gigantischen «Rettungspaketen» ein³. Die neoliberalen Gesinnungstäter rufen den Staat. Sie hatten mit ihrer Politik der leeren Kassen die Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Klassen verschlechtert.

Credit Default Swaps (CDS)

Mittels CDS wird der Ausfall von Krediten versichert. Es sind also Wetten auf pünktliche Verzinsung und Rückzahlung von Krediten, die in komplexe «Wertpapiere» verpackt und an Besitzer von anlagesuchendem Geldkapital weiter verkauft wurden. Diese erhalten die Versicherungsprämien in Form von Zinsen, solange es gut läuft. Ähnlich wie Staatsobligationen sind das also «papierne Duplikate von verausgabtem Geld», Geld, das z.B. für den Kauf eines Autos auf Pump ausgegeben wurde. Ist das Auto zu Tode gefahren und der Käufer nicht in der Lage, den Kredit zurückzuzahlen, ist der Gegenwert des CDS vernichtet. Darin widerspiegelt sich eine Blase von Krediten auf Konsumausgaben, die jetzt am Platzen ist. Das Gesamtvolumen der ausstehenden CDS wird auf 62 Billionen Dollar geschätzt, mehr als das vierfache BIP der USA! In dieser Summe ist allerdings nicht nur der Gegenwert der Konsumkredite, sondern auch der von Unternehmen, Banken, Private Equity, Hedge Funds oder der Staaten enthalten.



Diese Broschüre des Revolutionären Bündnis Zürich ist in unserem Vertrieb erhältlich

Die Formel der kapitalistischen Reproduktion

Sie stellt die Kontinuität des kapitalistischen Produktions- und Akkumulationsprozesses dar

$$G - W < A + P_m - P \dots W' - G'$$

Der Geldwert G verwandelt sich in einen Warenwert W , bestehend aus Arbeitskraft A und Produktionsmitteln P_m . Diese gehen in den Produktionsprozess $P \dots$ ein, aus dem die neu produzierte Ware W' hervorgeht. W' muss verkauft werden, damit der Erlös G' für erneuten Kauf von Produktionsmitteln und Arbeitskraft zur Verfügung steht. Der produzierte Wert muss also die Geldform durchlaufen.

Der Schritt $G - W$ heisst *Investieren*. In der *Kapitalüberproduktionskrise* wird dieser zum Engpass. Durch

die Auswirkungen der Finanzkrise kommt aber das Geld schon gar nicht mehr dort an, um Löhne und Produktionsmittel zu bezahlen.

$P \dots$ bezeichnet den Produktionsprozess, wo die eigentliche *Kapitalverwertung* stattfindet. Deren Bedingungen verschlechtern sich ständig, so dass sich weitere Investitionen immer weniger lohnen.

Der Schritt $W' - G'$ heisst *Realisieren* von Kapital, also Verkaufen der produzierten Waren. Das ist in den «modernen» Krisen normalerweise nicht das Hauptproblem. Gegenwärtig liegt hier aber ein spezieller Aspekt: Wegen des Platzens einer Konsumblase auf Pump kann es zu einer wahren Implosion der zahlungsfähigen Nachfrage kommen.

Diese sind gezwungen, Lebenskosten mit Krediten zu finanzieren. Vor allem in den USA förderten Kreditkarteninstitute, Autokonzerne und der Staat dies noch zusätzlich, so dass jetzt jeder Haushalt durchschnittlich 10000 \$ Schulden hat.

Private Equity-Gesellschaften finanzierten grosse Firmenübernahmen mit 95 oder mehr Prozent gepumptem Geld. Hedge-Funds spekulierten z.B. mit Geld, das in Ländern mit niedrigen Zinsen geborgt und in Hochzinländern angelegt wurde – sog. Carry trades. Diese Spiele sind vorbei.

Alter Wein in neuen Schläuchen

Im dritte Stadium setzt nun das Platzen der Kreditblase viele Unternehmen finanziell aufs Trockene. Die Folge sind Massenentlassungen und erhöhter Druck auf ihre verbleibenden Arbeitskräfte. Die Zahl der Firmenkonkurse steigt drastisch an. Profitable Investitionsmöglichkeiten werden noch seltener. Der Staat verdoppelt seine Schulden. Der Mindestzins der Pensionskassen wurde wegen des Börsencrashes gesenkt, die nächste Runde des Rentenklaus steht bevor, weil die zweite Säule die Renten vom Verlauf der Finanzmärkte abhängig macht. Die Konkurrenz unter den grossen Konzernen, die trudelnde Firmen aufkaufen, verschärft sich weiter. Also mehr vom alten Wein in neuen Schläuchen. Schlimm genug, aber kein Anlass für Zusammenbruchstheorien.

Konsumblase auf Pump

Ein Aspekt charakterisiert die jetzige Krise aber im speziellen: Es platzt auch eine auf Pump aufgeblähte Konsumblase. Anders als bei anderen Kriseneinbrüchen im Imperialismus kann es vor allem in den USA zu einer wahren Implosion der zahlungsfähigen Nachfrage kommen, mit Rückwirkungen auf die Exportwirtschaft. Was das für die jetzt schon verarmten arbeitenden Klassen heisst, versteht sich von selbst. Der Chefökonom der Allianz hat wohl diesen speziellen Aspekt im Auge, wenn er eine heftige, aber kurze Rezession voraussagt⁴. Das ist wohl der Grund, weshalb nicht nur Obama, sondern die Regierungen der Metropolen und China plötzlich auf «sozialdemokratische», keynesianistische Konzepte⁵ setzen, die doch infolge der langdauernde Krise unwirksam geworden waren. Auch der sonst stramm neoliberale deutsche Sachverständigenrat bläst ins gleiche Horn.

Politisch bedeutet dies, dass der innerbürgerliche Widerspruch zwischen Neoliberalen und Sozialdemokraten dahinschmilzt. Die ChefökonomInnen von econo-

miesuisse und Gewerkschaftsbund sind diesbezüglich kaum voneinander zu unterscheiden. Um die grössten Folgen der Nachfrageimplosion abzufedern, wären gemäss Paul Krugmann für die USA weitere 600 Mrd. \$ Staatsgeld nötig⁶, nach Einschätzung von IWF-Vizedirektor John Lipsky zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Der Schweizer Staat müsste also das Konjunkturprogramm von 1 auf 8 Mrd. erhöhen. Heraus kommen mit Sicherheit gigantisch erhöhte Staatsschulden und damit die nächste, verschärfte Runde der Politik der leeren Kassen.



- 1 Finanzmarktkrise: Totenglocke des Kapitals? www.aufbau.org, Online-Zeitung
- 2 s. Beispiel UBS in aufbau 54
- 3 Finanzkrise? Nein, Krise des Kapitalismus! A.a.O.
- 4 TA 07.11.2008
- 5 Das bedeutet in diesem Zusammenhang staatlich erhöhte Nachfrage zur Glättung von Konjunkturabschwüngen, finanziert durch Staatsschulden.
- 6 NYT 14.11.08
- 7 s. aufbau 54

Wirkungen der Rohstoffverknappung⁷

Bürgerliche ÖkonomInnen interessieren sich nur für den Wert und den Mehrwert. Welche Gebrauchswerte für seine Produktion nötig sind – z.B. Erdöl, Metall oder andere Rohstoffe – interessiert sie nicht, ausser die Preise. Dass die Vorräte endlich sind, widerspiegelt sich in Preisanstiegen. Diese führen zu höheren Produktionskosten und entsprechend sinkenden Profitraten. Umweltschädigungen bewirken zusätzliche «Unkosten». Das verschärft die Ausbeutungsbedingungen für die Bourgeoisie und dadurch die Krise. Geht die Verknappung langsam vor sich, passt sich die Produktion an. Es entstehen evtl. sogar neue Produktionszweige mit neuen Arbeitsplätzen. Irgendwann kommt es aber zu raschen Verknappungen von allen Rohstoffen. Krisen und kriegerische Verteilungskämpfe sind dann in noch viel grösserem Ausmass zu erwarten.



Auch gezähmt ein Fleischfresser!

Brot für Banker

REFORMISMUS Der Zank zwischen Bürgerlichen und ReformistInnen dreht sich einzig darum, wie politisches Kapital aus der Krise gezogen werden kann.

(az) Die Gewerkschaft Unia hatte grosses Geschütz aufgeföhren zur Demo vom 15. November auf dem Zürcher Paradeplatz: eine landesweite Mobilisierung, ein grosses Bündnis, Extrabusse aus der ganzen Schweiz. Es half alles nichts. Zur Kundgebung versammelten sich zwar deutlich mehr Leute als für die kurzfristigen Demos zuvor. Von einem Erfolg kann trotzdem keine Rede sein. Da winkt Bundes-Bern mal eben das grösste Programm zur Sozialisierung von Verlusten durch, und auf der Strasse tut sich wenig. Das mag erstaunlich wirken, ist es aber nicht wirklich. Der – verglichen mit der Tragweite des Anlasses – geringe Aufmarsch ist die Quittung für die bisherige Politik der Gewerkschaften zur Finanzkrise. Sie sassen einerseits dem medialen Ablenkungsmanöver der Empörung über die Manager-Boni auf, einer berechtigten Empörung, die aber auf der Oberfläche bleibt. Und die Gewerkschaften streuen ihren Mitgliedern Sand in die Augen, indem sie nach wie vor Wachstumsoptimismus verbreiten. Damit politisieren sie völlig an der Realität vorbei. Die Krise ist da. Und sie ist keine Finanzkrise, sondern eine umfassende Wirtschaftskrise.

Verschiedenes Vorgehen, aber gleiches Ziel

Ein weiterer Grund für die verhältnismässig schwache Mobilisierungsfähigkeit liegt in der Austauschbarkeit ihrer Rezepte. In der Krise schmilzt der Unterschied zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokratie dahin (vgl. gegenüberliegenden Artikel). Ihre unmittelbaren Vorschläge sind dieselben. Allerdings gilt: wie aus dieser Krise politisch Kapital geschlagen wird, da gehen die Linien auseinander. Bei gleichem wirtschaftlichem Vorgehen zeichnen sich zwischen ReformistInnen und Bürgerlichen verschiedene politische Strategien ab. Und doch fallen die unterschiedlichen Weisen, wie die Krise für den Klassenkampf genutzt wird, immer wieder in eins, weil sie denselben Rahmen teilen. Zwar präsentieren uns die Bürgerlichen die Krise als Naturkatastrophe, und die ReformistInnen behaupten, die Krise sei das Resultat von bösem Wille. Aber in ihren Zielen sind sich beide einig. Der Staat soll ungestörte Geschäft garantieren, kurz: der Aufrechterhaltung kapitalistischer Produktionsverhältnisse dienen.

Ende des Neoliberalismus – was heisst das?

Krisen sind keine Naturkatastrophen. Sie haben mit Politik, mit Spielräumen in Klassenkämpfen zu tun. So ist es tatsächlich möglich, dass für eine gewisse Zeit der Finanzsektor wieder etwas stärker beaufsichtigt wird. Aber das wäre keine Epochenwende, im Gegenteil. Damit würde zur Situation vor ungefähr zehn Jahren zurückgekehrt, mehr nicht. Damals war das Eigenkapital der Banken höher, die Bilanzen weniger aufgebläht, und in den USA war der Finanzsektor stärker zwischen verschiedenen Bankentypen aufgeteilt gewesen. Zu viel mehr wollen es die Kapitalisten nicht kommen lassen. Lieber nutzen sie die Krise für einen Angriff auf den Sozialstaat. Die Finanzkrise wirkt wie eine gigantische Steuersenkung für Bonzen. Die Politik der «leeren Kassen» erhält nun volle Schubkraft – denn die Kassen sind wirklich leer. Weltweit zeichnen sich neue Angriffe auf die Lohnabhängigen ab.

Eine führende Rolle spielt dabei Obama, der auch hierzulande von vielen als Hoffnungsträger gehandelt wird. Sein Handeln sieht anders aus. Sehr viel anders. Obama berief Paul Volcker in sein wirtschaftliches Krisenteam. Volcker darf ohne Übertreibung als ökonomischer Massenmörder bezeichnet werden. Er ist der einzige Mensch der letzten zweihundert Jahre, der von sich behaupten kann, dass gleich zwei Wirtschaftskrisen nach ihm benannt wurden. Volcker hatte als damaliger Notenbankchef ab 1979 diese Krisen mit voller Absicht ausgelöst. Mit Rekordzinsraten sollte der so genannte «Volcker-Schock» den US-Gewerkschaften das Genick brechen und das Zeitalter des Neoliberalismus einläuten.

Zurück zur „strengen Hand des Staates“?

Doch erklären nun die ReformistInnen eben diesen Neoliberalismus für beendet. «Nur die strenge Hand des Staates kann aus der Finanzkrise führen», bloggt Gewerkschaftsökonom Daniel Lampart. Die ReformistInnen reden von der Rückkehr des Staates. Nur: Der Staat war gar nie weg. Als Repressionsapparat, als Vernichtungsmaschine, als Gesetzgeber und als lasche Aufsicht für Hedge Funds beispielsweise hat der Staat dem Kapital stets beste Dienste geleistet. Das ist das Problem der reformistischen Interpretation der Krise: Sie behaupten, der Neoliberalismus sei Ergebnis einer Verschwörung gewesen, ein Akt des üblen Willens seitens der Kapitalisten. Dabei war die Aufblähung der Finanzmärkte seit den Siebzigern ein Ausdruck der Krise gewesen (vgl. gegenüberliegenden Artikel). Der Finanz-Keynesianismus der letzten Jahre ist vorbei. Aber überhaupt entstanden ist er, weil seinerzeit der «richtige» Keynesianismus für das Kapital keine Option mehr darstellte. Die Rückkehr zu einem solchen System des Kapitalismus ist nicht machbar. Zudem, was sollte denn eine solche Rückkehr zum Sozialstaat heissen? In der Schweiz bilden die Pensionskassen eine tragende Säule der Vorsorge – das sind eben diese Pensionskassen, die im Auge des Orkans auf den Finanzmärkten liegen (und deren Erfasstwerden von der Finanzkrise wir noch vor uns haben). Die Behauptungen der ReformistInnen sind nicht nur absurd, sondern auch gefährlich. Indem sie eine «gesunde Realwirtschaft» von der «Kasino-Spekulation» abgrenzen und eine reale Krise des Kapitalismus zur Verschwörung hochreden, spielen sie der reaktionären Mobilisierung in die Hände. Begründete Abstiegs- und Verarmungsängste bilden auch einen Nährboden für Nationalismus und reaktionäre Ressentiments.

Kommunismus aufs Tapet bringen!

Die gegenwärtige Krise zeigt die Endlichkeit des Kapitalismus. Das heisst nicht, dass er demnächst, ja, nicht einmal, dass er irgendwann von allein zusammenbrechen würde. Es bedeutet, dass der Kapitalismus in seiner jetzigen Form seine Probleme nicht lösen kann. In der Krise scheint auch die Möglichkeit einer besseren Gesellschaft auf. Heute sind Krisen nicht mehr wie in früheren Jahrhunderten Ausdruck des Mangels, sondern des Überflusses: Zu viel akkumuliertes Kapital, zu viele Waren, zu viele Arbeitskräfte. Ein Zurück ist unmöglich und der jetzige Zustand nicht haltbar – die weitere Entwicklung hängt von den Klassenkämpfen ab. Die Projekte der Herrschenden sind austauschbar geworden, ihre Strategien gleichermassen am Ende. Schwierige, aber sehr interessante Zeiten für revolutionäre, kommunistische Politik.

KOMMENTAR

Staat gegen Markt?

Heute beanspruchen Multimilliardäre Sozialhilfe vom Staat. ReformistInnen reden deshalb von «Marktversagen» und davon, dass «der Staat» nun richten müsse, was «der Markt» verzoockt habe. Tatsächlich ist der Marktfundamentalismus, den einige neoliberale Ideologen gepredigt haben, am Ende. Aber was würde das denn heissen, eine Rückkehr des Staates? Der Staat ist nicht eine Macht, die über den gesellschaftlichen Klassen steht, sondern das Ergebnis von Klassen-gegensätzen. Er bedeutet nicht Versöhnung der Klassen, sondern er ist dazu da, den beherrschten Klassen bestimmte Mittel zum Kampf gegen ihre Unterdrückung zu entziehen – genau darin liegt die massgebliche Funktion des Reformismus. Die Rede von «Staat gegen Markt» ist ein schiefer Gegensatz. Das zeigt gerade die sogenannte Finanzkrise, die eine Krise des Kapitalismus ist.

Der französische Historiker Fernand Braudel schrieb einmal: «Der Kapitalismus triumphiert nur, wenn er mit dem Staat identifiziert wird, wenn er der Staat ist.» Braudel bezog sich dabei auf den Handelskapitalismus, jene Frühphase des Kapitalismus, die vor rund 500 Jahren mit den Stadtstaaten Venedig, Genua und später Amsterdam einsetzte. Auch heute, in seiner imperialistischen Phase, ist der Kapitalismus «mit dem Staat identifiziert». Der Finanzsektor hat stets vom Staat gelebt. Erstens wird das Geld, das Mittel des Handels im Finanzsektor, vom Staat herausgegeben. Das ist weniger banal, als es tönt, denn das bedeutet auch zweitens, dass niemand mehr Macht hat, Geldströme zu sammeln und zu lenken, als der Staat. Die Herausbildung von Finanzmärkten wird von Staatspapieren bestimmt: Die Börsen des 19. Jahrhunderts waren nicht das Produkt der Eisenbahnen, sondern der Verstaatlichung dieser Eisenbahnen. Drittens – und für uns am wichtigsten – garantiert der Staat durch seine Gewaltmittel den Kapitalisten die ungestörte Ausbeutung und Akkumulation. Dabei ist, allem Gerede von Globalisierung zum Trotz, der Finanzsektor heute noch national geprägt: in allen europäischen Ländern (ausser Grossbritannien) beträgt der Anteil der Kredite, die Unternehmen von ausländischen Banken beziehen, weniger als zehn Prozent.

Im Finanzsektor tritt das Kapital am direktesten als politische, als imperialistische Macht auf. Das zeigt sich etwa an den USA, die gleichzeitig grösste Militärmacht, grösstes Finanzzentrum und grösste Schuldernation der Welt sind. In der Krise spitzen sich die Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten zu. Darin liegt auch die Hauptseite der «Rückkehr des Staates», welche die ReformistInnen jubeln: In der Tendenz zum Krieg als Mittel gegen die Krise. Nicht die staatlichen, «keynesianisch» genannten Impulsprogramme beendeten die Weltwirtschaftskrise der Dreissiger Jahre, sondern jene gigantische Staatsintervention namens «Zweiter Weltkrieg».

Nationalismus, Chauvinismus und letztlich Massenmord scheinen wieder die dominierende Richtung anzugeben, in die sich der Kapitalismus bewegt. Banken sind immer wieder dazu da, Krieg zu finanzieren, und Kriege stellen für den Kapitalismus wiederholt eine Option dar, dessen Krisen, die am schärfsten im Bankensektor hervortreten, zu lösen. «Sozialismus oder Barbarei» ist dagegen keine utopische, sondern die einzig realistische Parole. (az)

UNVERBREITETE NACHRICHTEN

Die hier veröffentlichten Erklärungen erhielten wir per E-Mail oder kopierten sie von Webseiten, z.B. www.revmob.ch oder www.indymedia.ch. Aus Platzgründen mussten wir sie leider kürzen (...).

Bologna brennt! Zürich pennt?

Angenehme Überraschung heute morgen an der Uni Zürich: Einige Sprays mit Parolen wie «Solidarität mit den StudentInnen in Italien» oder «Bologna brennt! Zürich pennt?» zierten die Aussenmauern. Plakate informierten über die Situation in Italien und machten auf Parallelen in der Schweiz und in anderen Ländern aufmerksam. (...) Die Streiks, Fakultätsbesetzungen und Demonstrationen der StudentInnen richteten sich insbesondere gegen die vorgesehene Streichung von über 130'000 Arbeitsplätzen im Bildungswesen. Weiter richtet sich die Kritik gegen die Förderung der Privatisierungsbestrebungen im Hochschulwesen (Bologna-Reformprozess) (...).

Gestörtes Treffen der WirtschaftsministerInnen

Gestern Abend (7.11.08) haben wir, etwa 20 Personen, vor dem Museum Rietberg gegen das dort stattfindende Treffen zwischen Doris Leuthard und dem indischen Wirtschaftsminister Kamal Nath protestiert. (...) Um etwa 20 Uhr betreten wir den Platz vor dem Museum mit Parolen wie «Hoch die internationale Solidarität» und «CPI (Maoist)». Das dabei abgefeuerte Feuerwerk half uns zusätzlich, die Aufmerksamkeit der «feinen» Festgesellschaft auf uns zu ziehen. Ein Stofftransparent bezeugte unsere Unterstützung für die Bewegung der NaxalitInnen in Indien. Natürlich durfte auch eine Rede nicht fehlen. (...) An Stelle der Freundschaft der Bonzen und ihren staatlichen Interessensvertretern setzen wir die internationale Solidarität der kämpfenden Massen! Kampf dem Imperialismus!

UBS in Basel verschönert

«Wir haben in der Nacht auf den 22.10.08 die UBS-Elsässerstr. im Basler ArbeiterInnen-Viertel St. Johann mit Spray verschönert: Wir wollen mehr als eure Verluste – UBS enteignen! Dem WEF kein ruhiges Hinterland!!»

Konzert von Camerata Mediolanense verhindert

Mit einer direkten Aktion wurde am Samstag ein Auftritt der rechtsextremen Dark-Wave-Band «Camerata Mediolanense» in Fribourg verhindert. (...) Dass Rechtsextreme versuchen sich linke und andere Symbolik und Rhetorik anzueignen um sie mit ihren rassistischen und menschenverachtenden Ideologien zu füllen, ist gewiss nicht neu und reicht zurück in die Anfangszeiten des «Nationalsozialismus». Ebenfalls hinlänglich bekannt ist das Rechtsextreme immer wieder versuchen Subkulturen zu unterwandern und für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. (...) Uns ist es egal, welcher Subkultur sich Neonazis und Rechtsextreme zugehörig fühlen und wie sie ihre Propaganda verbreiten wollen. Wir werden sie immer und überall bekämpfen. Kein Fussbreit dem Faschismus! Antifaschistische Aktion, Kommando nazifreie Subkultur.

Farbe gegen Pathe Filmverleih

In der Nacht auf den 06.10.2008 haben wir den Filmverleiher Pathe mit Farbe angegriffen. Diese Firma ist verantwortlich für den Verleih des Films «Der Baader-Meinhof-Komplex». (...) Das Ziel, von Buch und Film, ist schnell durchschaut. (...) Klar, müssen sie doch in Zeiten in denen sie keine Antwort auf die Krise haben, ausser dem Sozialabbau und aktuell der Unterstützung von Finanzinstituten, der revolutionären Bewegung etwas anderes entgegensetzen. Sei es auch noch so platt und dumm. So steht der Film auch nicht alleine, in Deutschland stehen Genossen vor Gericht als Angeschuldigte im MG (Militante Gruppe) Verfahren und in Italien GenossInnen im Verfahren gegen die pc p-m (politisch-militärische Kommunistische Partei) (...).



John Thain von Merrill Lynch immer noch strategischer Partner?

Denn sie wissen nicht, was zu tun ist

WIRTSCHAFTSFORUM Harte Zeiten für die TeilnehmerInnen am World Economic Forum Ende Januar in Davos. Eine andauernde Krise, keine Lösungen und ein eingeschränktes Party-Angebot macht ihnen das Leben sauer.

(gpw) Noch nie verhielten sich die Organisatoren des World Economic Forum in Davos so bedeckt wie dieses Jahr. Auf ihrer offiziellen Webseite finden sich, bis zum Redaktionsschluss, kaum Hinweise auf das diesjährige Programm. Gerade mal das Motto des bevorstehenden Meeting ist bekannt. «Shaping the Post-Crisis World» was übersetzt soviel bedeutet wie «Formen der Welt nach der Krise».

Da kann wenigstens niemand behaupten, diese Herren und Damen seien nicht zukunftsorientiert. Die weltweite Ökonomie schlittert immer schneller in die Rezession, die Börsentitel fallen und fallen, und Firmen müssen von Regierungen gestützt oder übernommen werden. Alle Analysen besagen, dass dies wohl noch eine ganze Weile so weiter gehen wird. Bei vielen Firmen geht es ums nackte Überleben.

Da ist es doch schon ein sehr beruhigendes Gefühl, dass sich Ende Januar im verschneiten Davos die Bosse von Wirtschaft, Industrie und Politik ein paar Gedanken darüber machen, wie unsere Welt nach der Krise geformt werden könnte. Das Ganze soll dieses mal ja auch noch viel disziplinierter ablaufen als in den vergangenen Jahren. WEF-Gründer Schwab will nämlich die exzessiven Partybesuche während des Meetings einschränken. Fast könnte man diese Massnahme als eine Art Boni-Endzug anschauen, was ja im Moment im Trend zu sein scheint.

Träumen von besseren Zeiten

Ja, das WEF ist doch eine richtige Zukunftsforscher-Werkstatt. Schade nur, dass dabei die Gedanken über die gegenwärtige Situation unter den Tisch fallen. «Wie können wir die Sozialleistungen für die vielen Arbeitslosen, die zweifellos aus dieser Krise resultieren werden, weltweit garantieren und ausbauen»? Wäre dies nicht ein viel angebrachteres Motto dieses Jahr? Warum jetzt schon über die Zeit nach der Krise sprechen? Da könnte einem doch glatt der Verdacht kommen, dass diese gut bezahlten Damen und Herren in der gegebenen Situation gar keine Lösungsansätze haben.

Es scheint fast so, als würden sie die Gegenwart ignorieren und bereits wieder von ihrer Zukunft träumen, von einer Welt, in der so viel Kapital vernichtet wurde, dass Wachstum wieder möglich ist, und sie die fetten Boni abkassieren können. Aber nein, dieser Gedanke geht nun wohl doch zu weit, denn immerhin sind das die Leute, die sich zutrauen, unsere Welt zu formen und auch die Garantie für unser Wohl übernehmen, denn dafür erhalten sie schliesslich auch die hohen Löhne. Oder haben sie es doch nicht so ganz im Griff?

Ein Blick auf die offizielle Webseite des World Economic Forum bringt Erschreckendes zu Tage: unter den Strategic Partners des Forums 2009 wird Merrill Lynch aufgeführt. Merrill Lynch? Ist das nicht eines der Finanzimperien, welches das Zeitliche segnete und von der Bank of Amerika übernommen

werden musste? Wie kann eine Firma, die es gar nicht mehr gibt ein strategischer Partner des World Economic Forum sein?

Vielleicht sind sie ja paralysiert wie eine Maus vor der Schlange, diese Organisatoren. Nicht mehr fähig, die Webseite den gegebenen Umständen anzupassen. Warten sie ab, was andere Meetings für Lösungsansätze zu Tage fördern, wie dieser kürzlich abgehaltene Gipfel der führenden 20 Industrie- und Schwellenländer? Von dort kommen wohl kreative, aber ebenso unrealistische Vorschläge. «Wir verpflichten uns zu gewährleisten, dass alle Finanzmärkte, Produkte und Akteure reguliert oder überwacht werden», hiess es dort in der Abschlusserklärung. Aber mal ehrlich, aus der kapitalistischen Sichtweise ist es kaum möglich, dass die EU den Amerikanischen Finanzmarkt überwacht oder umgekehrt. Der Kapitalismus baut schliesslich explizit auf Konkurrenz auf. Deshalb ist sich letztlich jede Firma und jeder Staat selbst der Nächste und wird sich nicht in die Karten schauen lassen.

Gefangen in der eigenen Logik

Von da kommen also auch nicht die brauchbaren Lösungen. Aber was ist mit den PolitikerInnen? Können diese Rezepte liefern? Kaum. Die meisten Parteien, egal in welchem Land, sind eigentliche Handlanger des Kapitals. Die Sozialdemokraten hierzulande geben sich zwar, zusammen mit den Gewerkschaften, grosse Mühe, nach aussen kritisch zu wirken. Sie fordern, dass die Boni zurückbezahlt werden müssen. Das ist ja schön und gut, aber diese Boni sind doch nun wirklich nicht der Grund für die Krise. Und wenn der Schweizerische Gewerkschaftsbund gegen die Krise mobil macht, verkommt das Ganze zu einer Abstimmungskampf-Veranstaltung, unter dem Motto «Schluss mit der Abzockerei – Ja zur AHV».

Die Regierungen sprechen zwar Gelder für Impulsprogramme, um die Wirtschaft anzukurbeln. Doch sind die Geldmengen so klein, dass an einem Tag, an dem es an der Börse wieder mal runter geht, mehr Kapital vernichtet wird. Die Politik bietet also genau so wenig an Lösungsansätzen.

Da könnte man doch fast Erbarmen bekommen, mit all den Managern und Wirtschaftsbossen dort oben in Davos. Gefangen in ihrer eigenen Logik finden sie keinen Ausweg. Da ist es doch nur verständlich, dass man den Kopf in den Sand steckt und von einer besseren Zukunft träumt.

Denn wir wissen, was zu tun ist

Doch was ist mit uns, der arbeitenden Bevölkerung? Uns wird diese Krise bestimmt am härtesten treffen. Mit Arbeitslosigkeit und dem Abbau von sozialen Errungenschaften. Sollen wir unsere Zukunft von den gut betuchten Herren und Damen in Davos formen lassen? Natürlich nicht! Unsere Interessen sind nicht dieselben, wie diejenigen der Kapitalisten. Im Gegenteil! Wir müssen nicht an einem System, welches auf Konkurrenz und Ausbeutung basiert, aufbauen. Die Parole, «Der Kapitalismus hat keine Fehler, er ist der Fehler!» ist treffender denn je. Beginnen wir uns also während dieser Krise die Welt nach unseren Vorstellungen zu formen, mit Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse, denn im Unterschied zu den TeilnehmerInnen des WEF haben wir eine Perspektive.

Wenn Repression stärkt, statt schwächt

ROTE HILFE INTERNATIONAL Die Bilanz der 4. internationalen Arbeitskonferenz der Roten Hilfe International war eindeutig: die Angriffe der Repression im vergangenen Jahr haben den Konstituierungsprozess konsolidiert, statt gestoppt oder geschwächt.

(gpw) Am 1. Novemberwochenende fand die 4. internationale Arbeitskonferenz der RHI statt. Aus Italien, Spanien, Belgien, Deutschland, Türkei und der Schweiz arbeiteten Delegierte aus 14 Organisationen ein Wochenende lang intensiv zusammen. Zwei Organisationen, eine aus Frankreich und eine aus Italien waren mit schriftlichen Beiträgen präsent.

Grundsätzlich wurde festgehalten, dass wir auf ein intensives Jahr zurückblicken konnten. Dies betrifft die gemeinsam entwickelte Praxis wie die Antworten auf die Angriffe der Repression. Der gemeinsame Konsolidierungsschritt bringt es in unserer im Sommer 08 gefassten Parole auf den Punkt: «Die internationale Klassensolidarität aufbauen und verteidigen! Schlagen wir ihre Angriffe zurück!»

Sie ist eine Antwort auf die Angriffe der internationalen präventiven Konterrevolution: am 12.2.07 in Italien und Zürich (Tramonto), der beginnende politische Prozess in Mailand gegen die GenossInnen der PC p-m und militanten KommunistInnen, die Fortsetzung dieses Angriffes am 6.5.¹ in Zürich und am 5.6. in Belgien². Unsere Reihen schlossen sich, und gemeinsam trat man dem Angriff entgegen: an den verschiedensten Orten, mit verschiedensten Ausdrucksmitteln. Die vor Ort wachsende Solidarität bekam dadurch sofort einen internationalen Kontext, und dieser wiederum konnte im eigenen Land umgesetzt werden.

Die Dialektik zwischen den Angriffen und der entwickelten Klassensolidarität kam ins Rollen, liess uns Erfahrungen sammeln, die es auszuwerten galt und aus denen wir gemeinsam für die nächsten Schritte lernen. Die Kraft, die wir aus dieser Dynamik ziehen, macht fassbar, was wir in unserer gemeinsamen Parole zum Ausdruck bringen wollen und gibt dem Aufbauprozess eine hohe Einheit auf internationaler Ebene. Es erstaunt deshalb nicht, dass internationale Delegationen zu Prozessen, Solidaritäts-Demos oder die Videokonferenzen in diesem Jahr die wohl intensivste Praxis darstellen. In der jetzigen Phase der präventiven Konterrevolution sind sie eine konkrete und offensive Antwort auf die Angriffe gegen die revolutionäre Klassensolidarität mit Militanten, die wegen ihrem entschlossenen Kampf für eine revolutionäre Perspektive mit der Klassenjustiz in Konflikt geraten.

Krise und präventive Konterrevolution

Auf Grund der endlosen Vertiefung der allgemeinen und historischen Krisenspirale wird die Auseinandersetzung zwischen den Klassen und die Konfrontation zwischen den

aufkommenden Klassenkräften und dem kapitalistischen System immer schärfer: das bringt automatisch den «Staat der präventiven Konterrevolution» aufs Tapet! Der Hauptaufgaben der revolutionären Kräfte, den revolutionären Prozess situationsgerecht in Theorie und Praxis zu entwickeln und zu entfalten, versucht sich der Staat mit seiner international verknüpften präventiven Konterrevolution entgegen zu stellen. Präventiv, weil er Bewegungen und Prozesse der Klasse vorwegnehmen möchte, um damit u.a. die fortgeschrittensten Kräfte an der Erfüllung ihrer Funktionen zu blockieren.

Internationale Klassensolidarität heisst internationaler Klassenkampf

In dieser Situation wird die Entwicklung der internationalen Klassensolidarität und ihrer Verteidigung zu einem wichtigen Bestandteil der internationalen Klassenkämpfe und Befreiungsbewegungen. Dank dieser Dimension ermöglicht die internationale Klassensolidarität zudem all jenen, die wegen ihrer konsequenten Durchsetzung revolutionärer Politik mit der Klassenjustiz in Konflikt geraten sind, die politischen Prozesse zur Plattform zu machen. So findet ihre klassenkämpferische, revolutionäre Politik auf einer anderen Ebene ihre Fortsetzung und gibt ihr Kontinuität! Wen erstaunt es, dass auch dieser internationale Konstituierungsprozess, ob in Spanien, Italien, Belgien, der Schweiz usw. zur Zielscheibe der Staatsschützer wird.

Seminar «Politischer Prozess»

Dies unabhängig von den politisch-ideologischen Ausrichtungen dieser Kräfte: die anarchistischen Kräfte sind betroffen wie wir KommunistInnen. Der Aufbau der internationalen Klassensolidarität und deren Verteidigung sollte diese internationale und historische Dimension nicht ausser acht lassen. In diesem Zusammenhang begrüssen wir die Initiative der italienischen GenossInnen der CCPSRI, ein Seminar zum Thema «Politischer Prozess» zu organisieren. Die inhaltliche Beteiligung der RHI sollte die Möglichkeit bieten, die Erfahrungen deram Konstituierungsprozess Beteiligten einfließen zu lassen. Auch auf diesem Gebiet stehen Kampffelder vor uns. Wie die politischen Gefangenen der PC p-m in ihrem Dokument zum mg-Prozess treffend ausdrücken²: «Der Neubeginn der revolutionären Bewegung führt auch durch den Gerichtssaal und die Gefängnisse als unvermeidbare Passagen für die Militanten, die sich ernsthaft mit dem revolutionären Kampf identifizieren.»

¹ Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft in Sachen Sprengstoffanschläge gegen eine Genossin des revolutionären Aufbau und der Kommission für eine RHI
² www.rhi-sri.org



Die Rote Hilfe ist vor Ort

Grussbotschaft an alle politischen Gefangenen

Wir, die «Basler Gruppe» und die «Kommission für eine Rote Hilfe International», grüssen euch herzlich von der 4. Internationalen Arbeitskonferenz in der Schweiz. Trotz unterschiedlicher Bedingungen und politischen Entwicklungen, haben wir alle gemeinsam ein Ziel: Dass wir die Freiheit der politischen Gefangenen gemeinsam erkämpfen und damit den Kampf gegen die präventive Konterrevolution auf internationaler Ebene führen.

Den Aufbau und die Stärkung der internationalen Klassensolidarität gehen wir gemeinsam in dem Projekt RHI an. Ihr seid ein wichtiger Teil dieses Prozesses und nur gemeinsam können wir dies letztlich umsetzen! Euer Mut und eure Kraft ist ein wichtiger Motor für uns. In diesem Sinne: Internationale Klassensolidarität aufbauen und verteidigen! Solidarische Grüsse
CCPSRI (Italien), Soccorso Rojo Internacional (Espagne), Tayad, Gefangenenkomitee, MLKP (Türkei), International Committee against Disappearances ICAD, (Komitee gegen das Verschwinden lassen), internationales Büro (Delegierte verhindert), Komitee für die Freien Gefangenen (Türkei), Secours Rouge/APAPC Belgien, Revolutionärer Aufbau Schweiz, Bundesvorstand der Roten Hilfe Deutschland, Netzwerk «Freiheit für alle politischen Gefangenen» Berlin, Magdeburg, Redakteur des «Gefangeneninfos», Revolutionäre Aktion Stuttgart, Rote Hilfe Schweiz, Sekretariat Rote Hilfe International RHI, Secours Rouge France (1./2.11. 2008)

Mehmet Esiyok endlich frei!

ASYLVERFAHREN Am 22. Oktober 2008 wurde Mehmet Esiyok nach 34 Monaten Auslieferungshaft endlich freigelassen. Unglaublich lange juristische Querelen waren notwendig, nicht zuletzt aufgrund wirtschaftlicher Interessen der Schweiz.

(gpw) Es war am 15. Dezember 2005, als Mehmet Esiyok am Zürcher Flughafen ein Asylgesuch stellte. Aufgrund einer Interpol-Ausschreibung wurde Esiyok umgehend in Haft genommen. Ausschreiben liess ihn die Türkei, weil er angeblich als Mitglied und Teil des Kaders der Kurdischen Arbeiterpartei PKK den Befehl zur Tötung eines Dorfschützers, eine Art Paramilitär im Auftrag der Regierung, gegeben haben soll.

Diplomatische Garantien

Mitte Januar 2006 wurde die Beschwerde gegen seine Auslieferungshaft von den Schweizer Behörden abgelehnt. Ende Januar 2006 ersuchte die Türkei formell das Gesuch um Auslieferung. Daraufhin verlangte das Bundesamt für Justiz (BJ) verschiedene Garantien, welche seitens der Türkei mit allgemeinen Hinweisen auf die Verpflichtung zur Einhaltung der Menschenrechte beantwortet wurden. Das BJ hakte nach und formulierte nochmals präziser die Anforderungen an diplomatische Garantien. Diese Anforderungen wurden von der Türkischen Botschaft – und nur von dieser – garantiert.



Händedruck für Esiyoks Auslieferung:
Blocher und Amtskollege Cicek.

Am 29. August 2006 beschliesst das BJ die Auslieferung von Mehmet Esiyok an die Türkei. Gegen diesen Entscheid wird beim Bundesgericht Rekurs eingereicht.

Drei Wochen später lehnt das Bundesamt für Migration das Asylgesuch ab. Im Januar 2007 lehnt das Bundesgericht die Beschwerde gegen den Auslieferungsentscheid ab, verlangt aber ein Monitoring durch die Schweizer Botschaft. Die Türkei antwortet darauf, dass Besuche des Prozesses und im Gefängnis im Rahmen der türkischen Gesetze möglich seien. Das BJ will konkretere Zusicherungen, welche es auch erhält, nachdem der Türkische Justizminister Christoph Blocher getroffen hatte und dieser der Türkei die Auslieferung versprach. Diese Zusicherungen wurden allerdings von der türkischen Botschaft und nicht vom Türkischen Justizministerium gemacht. Das Bundesstrafgericht heisst eine Beschwerde gut und setzt dem BJ erneut eine Frist, diese Garantien einzuholen. Das BJ kann diese Garantien nicht zusichern, hält aber am Auslieferungsentscheid fest.

Massive Fehler in Akten aus der Türkei

Am 22. Juni 2007 hebt das Bundesverwaltungsgericht den negativen Asylentscheid des Bundesamtes für Migration auf und weist den Fall zur erneuten Beurteilung ans BFM zurück. Es werden massive Fehler in den von der Türkei gelieferten Akten festgestellt. Unter anderem zwei verschiedene Tatzeiten. Dennoch lehnt das Bundesgericht eine Revision ab. Auch das BFM hält am Entscheid fest, Mehmet Esiyok nicht als Flüchtling aufzunehmen. Am 17. Oktober 2008 sellte dann aber das Bundesverwaltungsgericht die Flüchtlingseigenschaften fest, und Mehmet Esiyok wurde endlich vorübergehend als Flüchtling aufgenommen und aus seiner Haft entlassen.

Städtische Zentren im Visier der «Naxalbari»

INDIEN Die CPI(Maoist) ist wohl eine der bedeutendsten revolutionären Kräfte weltweit. Die indische Bourgeoisie tut alles, um sie zu bekämpfen. Polizeiliche Sondereinheiten werden geschaffen und Bürgerwehren aufgebaut. Trotzdem ist die maoistische Bewegung nicht aufzuhalten und verbreitet sich kontinuierlich auch in den Städten.

(agkk) Gemäss dem Konzept des langandauernden Volkskrieges in einem bäuerlich und halbfeudal dominierten Land, operiert die CPI(Maoist)¹ vorwiegend auf dem Land. Die Städte sollen vom Land her eingekreist werden. Ziel ist die Neue Demokratische Revolution² in einem ersten, der Aufbau des Sozialismus in einem weiteren Schritt. Doch durch die sich objektiv verändernden Bedingungen, das Erstarren der proletarischen Bevölkerung, das Anwachsen der Städte und ihrer ökonomischen Bedeutung, richtet die Partei ihr Augenmerk vermehrt auch auf die städtische Politik. Der neue Rahmen für diese Politik sind auch «Sonderwirtschaftszonen» (SEZ) und die Umwandlung von Ackerland in Industriezonen. Nicht weniger als 250 Vorschläge für SEZs in 21 indischen Staaten liegen der Regierung zur Genehmigung vor. Dagegen existieren allerdings grosse Massenbewegungen, denn minimale ArbeiterInnenrechte werden ausgeschaltet, keine oder minimale Steuern für die Kapital-EigentümerInnen erhoben.

In ihrem Papier CPI(Maoist) Urban Perspective³ erläutert die Partei die Veränderungen auf objektiver und subjektiver Ebene, kritisiert ihre vergangenen Fehler und stellt ein korrigiertes Konzept für die urbanen Gebiete vor. Die Partei leistet damit eine originäre Antwort auf die konkrete Situation des heutigen Indiens.

Die MaoistInnen operieren primär im Osten des Landes, wo sich eine befreite «rote» Zone von der nepalesischen Grenze im Norden quer durch das Land bis in den Süden in den Bundesstaat Karnataka zieht. In diesen ärmsten, ländlich geprägten Regionen, in denen die in Stämmen lebenden Ureinwohner beherrscht sind, hat die maoistische Bewegung den bürgerlichen Staat vertrieben und ihre eigenen Räte und Volkskomitees eingesetzt.

CPI(Maoist) Urban Perspective

In ihrem Text beleuchtet die Partei die objektive Situation: So leben heute in Indien bereits 27.5% der Bevölkerung in Städten. Während 1950 noch 56% der Produktion auf die Landwirtschaft fiel, sind es heute weniger als 25%. Innerhalb der Städte findet ein Prozess der De-Industrialisierung statt. Es entstehen neue Banken, IT- und andere Dienstleistungsbetriebe. Entlassene FabrikarbeiterInnen werden arbeitslos oder werden gezwungen, unsichere, temporäre Jobs anzunehmen. Auch junge Leute arbeiten meist temporär und die Frauen werden zu tieferen Löhnen angestellt. Als Folge der Prekarisierung der Lebenssituationen kommt es nicht selten zu militanten Strassenkämpfen. Zu ihrer erhöhten Konzentration auf die Städte meint die CPI(Maoist): «Wir sollten nicht die Wichtigkeit der Tatsache unterschätzen, dass die Städte starke Zentren des Feindes sind. Das Aufbauen einer starken re-

Auch Schweizer Kapital profitiert

Dieses Jahr feiern Indien und die Schweiz ihren 60-jährigen Freundschaftsvertrag, der v.a. auf wirtschaftlichen Interessen beruht. Zu den schweizer Pionierfirmen gehörten die Maschinenfabrik Oerlikon-Bührle, die Eisenbahnwaggon-Produzenten Schlieren und Schindler sowie die Textilindustrie-Firmen Sulzer und Rieter. Der Pharmakonzern Ciba richtete Ende der 1950er Jahre in Bombay das grösste Forschungslaboratorium Asiens ein. Bereits während der Kolonialzeit waren Nestlé, Geigy und Brown Boveri da und bauten ihre Präsenz ständig weiter aus. Die Swisair war das erste Luftfahrtunternehmen, welches einen Teil seiner Buchhaltung und seiner Reservations-Systeme nach Bombay auslagerte. 2007 exportierte die Schweiz Waren im Wert von 2,3 Milliarden Franken nach Indien, 22,3% mehr als 2006. Mit dem geplanten Freihandelsabkommen könnten es bald viel mehr sein. Rieter beschäftigt heute 650 Angestellte in reinen Rieter-Firmen und 450 Leute in Joint-Venture-Unternehmen. «Das Land ist einer unserer Schlüsselmärkte», meint der Chef von Rieter Indien, Michael Enderle.



Solidaritätsaktion in Zürich zum Volkskrieg in Indien am 7.11.2008 (siehe Seite 8)

volutionären Bewegung heisst, dass unsere Partei ein Netzwerk aufbauen sollte, welches fähig ist, fortwährend unseren Kampf zu führen bis der fortgeschrittene Volkskrieg die Ebene der strategischen Offensive erreicht. Aufgrund dieser langfristigen Perspektive sollten wir eine geheime Partei, eine geeinte Front und bewaffnete Teile des Volkes entwickeln, den Klassenkampf in den urbanen Gebieten intensivieren und die Unterstützung Millionen städtischer Massen für den Volkskrieg mobilisieren.»

Die Partei sieht es als Aufgabe, das Proletariat in den Städten als führende Kraft aufzubauen. Von dort werden Kader aufs Land geschickt, um die Verbindung zwischen Proletariat und bäuerlichen Massen zu gewährleisten. Sie verweist auf ein dialektisches Verhältnis zwischen der Entwicklung der städtischen Bewegung und der Entwicklung des Volkskrieges auf dem Land.

Die CPI(Maoist) ist sich bewusst, dass sie in den Städten eine schwache Position hat. Sie arbeitet jedoch darauf hin, die Kräfte der Partei zu bewahren und weiter aufzubauen und gleichzeitig die urbanen Massen auf den revolutionären bewaffneten Kampf vorzubereiten. Ein Mittel für diese Arbeit sind verschiedene Massenorganisationen mit unterschiedlichem Charakter:

- verdeckte revolutionäre Massenorganisationen, die nur im Untergrund operieren und die Linie der Partei propagieren. Diese rekrutieren ihre Kräfte hauptsächlich aus der Jugend, den StudentInnen und ArbeiterInnen. Neben Plakaten, Broschüren, etc. werden auch militante Aktionen als Teil der Propaganda verstanden;
- offene und halboffene revolutionäre Massenorganisationen, die die Politik der Neuen Demokratischen Revolution offen propagieren und die Bevölkerung auf den bewaffneten Kampf vorbereiten. Sie benutzen legale Möglichkeiten in Situationen, wo die Repression noch nicht allzu stark ist. Die führenden Kräfte werden jedoch verdeckt gehalten;
- offene legale Massenorganisationen, die keine direkte Verbindung zur Partei haben. Hier wird entweder Fraktionsarbeit geleistet, oder eigene Organisationen aufgebaut, wo keine solchen bestehen, zu Themen wie Frauendiskriminierung, Anti-Imperialismus oder das Kastensystem. Es ist der Beginn einer Kampagne der CPI(Maoist) zur urbanen Perspektive.

Vom Feind bestätigt

Gemäss einer Analyse des Institute for Defence Studies & Analyses (IDSA)⁵ gelang es der CPI(Maoist) den Volkskrieg in ganz Indien vorwärts zu bringen. Die People's Liberation Army (PLA), der militärische Arm der Partei, sei gestärkt und über die militanten Massenbewegungen gegen Globalisierung und Privatisierung seien neue Kader gewonnen worden. Die «NaxalitInnen» sind heute in 18 der 28 Bundesstaaten aktiv. Das Papier stellt fest, dass am 9. Kongress der Partei 2007 über 100 maoistische Führungspersonen aus 16 indischen Bundesstaaten und einzelne AktivistInnen aus Nepal, Bangladesch und den Philippinen teilnahmen. Dort wurde entschieden, den bewaffneten Kampf auf städtische industrialisierte Gebiete auszuweiten. Trotz massiver staatlicher Sicherheitsvorkehrungen an der Jharkand-Orissa-Grenze habe der Kongress erfolgreich abgehalten werden können, und die Aufstandsbekehrung der Regierung und deren Intelligenz seien in Frage zu stellen.

Den MaoistInnen wird attestiert, dass sie mit flexibler Taktik auf die Besonderheiten verschiedener Regionen reagieren. Es werde nicht etwa abrupt der bewaffnete Kampf aufgenommen, sondern Schritt für

Solidarität ist eine Waffe

Uns überzeugt die Analyse der CPI(Maoist), da sie die veränderten Bedingungen in Indien mit einbezieht. Nach einer Auseinandersetzung mit dem Papier werden wir weiter im aufbau darüber berichten. Längerer Artikel auf www.aufbau.org. Wer sich für die maoistische Bewegung und ihren Kampf interessiert, kann mit uns Kontakt aufnehmen. Wir sind gerne bereit, Informationsveranstaltungen zu organisieren und Solidaritätsaktionen zu unterstützen. Des Weiteren vertreiben wir eine Broschüre zur Situation in Indien mit einem Film zum Volkskrieg.

Schritt graduelle Konsolidierungen vorgenommen und die revolutionäre Gewalt den Gegebenheiten angepasst. Die lokalen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen sowie die Schwächen des Feindes würden sorgfältig analysiert. In ungünstigen Bedingungen bevorzugten die MaoistInnen ein niedriges Profil, beschränkten die Bewegungen auf politische Mobilisierungen und thematisierten lokale Probleme durch die Front-Organisationen.

Demoralisierte Elite-Einheiten

Um die Bewegung zu zerschlagen, rüstet die indische Bourgeoisie Bürgerwehren wie die berüchtigte Salwa Juddum sowie «Anti-Rebellen»-Sondereinheiten konsequent auf. Salwa Juddum betreibt die Politik der verbrannten Dörfer. Vergewaltigte Frauen und Erschiessungen sind an der Tagesordnung. Allein im Distrikt Chhattisgarh sind bereits 644 Dörfer verlassen. Die polizeilichen Elite-Truppen allerdings erleiden vermehrt empfindliche Schläge durch die PLA. So wurde beispielsweise nachts das Haus eines ranghohen BJP-Politikers angegriffen. Als eine Sondereinheit ausrückte, um die GenossInnen aufzureiben, wurde sie aus einem Hinterhalt erschossen. Ein ähnlich kühner Angriff auf ein Polizei-Motorboot forderte 35 tote sowie dutzende verletzte Polizisten. Die erfolgreichen Angriffe führen zu einer Demoralisierung der Polizeikräfte. Viele weigern sich weiter zu kämpfen oder müssen mit Sonderprämien bei der Stange gehalten werden.

Mit Blockaden von Strassen und Eisenbahnlinien und dem Vertreiben der Polizei schreckt die Bewegung auch potentielle Investoren ab, die sich diese ärmsten Regionen Indiens unter den Nagel reissen wollen, da sie reich an Kohle und Eisen sind.

¹ Kommunistische Partei Indien (Maoistisch)

² Die «neudemokratische» Revolution wurde von Mao Tse-Tung für halbkoloniale, halbfeudale Länder entwickelt, da die Bedingungen für eine proletarische Revolution fehlen. Ihr Ziel ist die Verjagung der imperialistischen Mächte, die Zerstörung des Grossgrundbesitzes und Verteilung des Bodens an die BäuerInnen sowie die Enteignung des Grosskapitals.

³ www.resistanceindia.wordpress.com/2007/10/30/cpi-maoist-urban-perspective/

⁴ Informations-Technologie

⁵ www.idsa.in/publications/stratcomments/NiharNayak060307.html

⁶ Bharatiya Janatha Party (Hindu-faschistische Partei)

⁷ www.naxalrevolution.blogspot.com/2006/09/blazing-trail-journey-through-indian.html

W'..??..G'

ROSA LUXEMBOURG Kapital muss akkumuliert werden, Mehrwert muss erzeugt werden, die Mehrwert-Produkte müssen verkauft werden, das Mehrwert-Geld wieder investiert werden. Rosa Luxemburg schrieb 1913, was das Kapital braucht, um zu akkumulieren. Velerorts kontrovers diskutiert, ist dieser Beitrag unverzichtbar. Früher wie heute.

(agfk/az) Neunzig Jahre ist es her, seit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Januar 1919 ermordet wurden. Raya Dunayevskaya schreibt in ihrer Biografie: «Es war der 14. Januar. Die Lynchkampagne der Sozialdemokratie war auf ihrem Höhepunkt, und die Freikorps waren ihre Exekutoren...» Anneliese Laschitzka fügt in ihrer Luxemburg-Biografie hinzu: «Am Abend wurden sie ins Eden-Hotel, das Stabsquartier der Gardekavallerieschützendivision, verschleppt, in dem Hauptmann Papst befehligte und sich von Noske telefonisch für die Ermordung der beiden de facto einen Freibrief verschaffte.» Die Revolutionärin und Mitbegründerin der KPD wurde von der Reichswehr der sozialdemokratischen Regierung Noske getötet und in den Berliner Landwehrkanal geworfen. Rosa Luxemburg suchte als Kommunistin ihr Leben lang Antworten zu finden auf praktische Situationen des Klassenkampfes. «Revolutionäre Realpolitik» war für Luxemburg die Verbindung von Tagesforderungen mit einer revolutionären Perspektive. Diese Verbindung von Nah- und Fernziel setzte sich auf der Ebene ihres Schreibens und Sprechens fort, indem sie hin und her wechselte zwischen Empirischem und Theoretischem. Dieses Wechselspiel war nicht Selbstzweck, sondern stand immer im Dienst politischer Praxis im Konkreten. Eine wichtige Frage in ihrer politischen Tätigkeit war die nach dem Imperialismus und dem Fortleben oder Zusammenbrechen des kapitalistischen Systems. Um die Auseinandersetzung mit dieser Frage geht es in diesem Artikel.

Heute müssen wir als KommunistInnen uns auf ähnliche Weise Fragen stellen, auch wenn die Situation eine Andere ist. Luxemburg hat ihre Thesen nicht nur in Auseinandersetzung mit ihrer Praxis entworfen – sie hat sie auch innerhalb der Debatten in der kommunistischen Bewegung entwickelt. Die Fruchtbarkeit von Luxemburgs Ansätzen machen nicht irgendein unfehlbares Theoriegebäude aus – sondern gerade diese kollektive Dimension einer Bewegung. Hier regt sie bis heute Debatten an. Ein theoretischer Fehler kann an anderer Stelle zum Durchbruch verhelfen. Um einen solchen produktiven Fehler handelt es sich bei Luxemburgs Vorstellung von der Akkumulation des Kapitals.

«... Die Realisierung des Mehrwerts zu Zwecken der Akkumulation ist also in einer Gesellschaft, die nur aus Arbeitern und Kapitalisten besteht, eine unlösbare Aufgabe.» Das schrieb sie in ihrer Schrift «Akkumulation des Kapitals», erschienen im Jahre 1913.

Die Akkumulation des Kapitals ist für Luxemburg in einem geschlossenen kapitalistischen System also nicht zu erklären. Kapital muss akkumuliert werden. Sonst wäre es kein Kapital. Es werden mehr Waren produziert. Diese müssen verkauft werden. Rosa Luxemburg geht also der Frage nach, wo diese Waren realisiert werden. Der Frage also, wo die Kapitalisten ihre Waren verkaufen, um ihr Kapital auf einer höheren Stufe wieder in Geld zu verwandeln. Luxemburg nennt diesen Vorgang in Anlehnung an Marx, die erweiterte Reproduktion des Kapital (siehe Seite 6). Sie kommt darauf, dass Marx den Übergang von der einfachen zu der erweiterten Reproduktion zu wenig betrachtet hat. Aus ihrer Analyse folgt, es müsse ein «Ausserhalb» des Systems geben, um die Waren zu realisieren. Schauen wir uns ihre Lösung nun inhaltlich genauer an.

Luxemburgs Lösung

Wenn die Kapitalisten die ArbeiterInnen ausbeuten und die Produktion ständig ausweiten (erweiterte Reproduktion), werden zu viele Waren produziert. Es entsteht, so Luxemburg, eine Lücke zwischen Angebot und Nachfrage. Die Warenüberproduktionskrise tritt ein. Es braucht zusätzliche AbnehmerInnen für die vielen Waren. Der Handel mit nichtkapitalistischen Staaten bietet hier die einzige Möglichkeit diese Waren abzusetzen, also zu realisieren. Die AbnehmerInnen ausserhalb der kapitalistischen Produktionsprozesse können kleinbürgerliche Schichten im eigenen Land sein, vor allem aber Bevölkerungen in den Kolonien. Gleichzeitig aber zerstört der Kapitalismus immer wieder diese Bereiche und beraubt sich somit seiner eigenen Existenzgrundlage. Mit diesem Vorgang erklärt Rosa Luxemburg eine beschleunigte Tendenz zum Zusammenbruch des



Rosa Luxemburg auf dem (Internationaler) Sozialistischen Kongress in Stuttgart

Unmöglichkeiten ihrer Lösung

Soviel stimmt: Der Kapitalismus produziert, im Verhältnis zur zahlungsfähigen Nachfrage, zu viele Waren. Dies führt zu den bekannten zyklischen Krisen. Was aber, wie wir heute wissen leider nicht stimmt, ist, dass er daran beschleunigt zu Grunde gegangen wäre. Es wurden immer wieder Möglichkeiten geschaffen, in Phasen stark zu akkumulieren und damit zeitweilig aus den Krisen heraus zu kommen. Hier genannt seien das Wachstum in den sogenannten goldenen Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg und das Wachstum in China in den letzten zehn Jahren.

Wir wollen im Folgenden drei Irrtümer von Rosa Luxemburg aufgreifen:

1. Luxemburg sagt, es werden bei der erweiterten Reproduktion zu viele Waren produziert. Ihr Irrtum: Sie postuliert einen historischen Übergang von der einfachen zu erweiterter Reproduktion, den Marx zu wenig analysiert habe. Die sogenannte einfache Reproduktion ist nicht eine real existierende historische Phase der kapitalistischen Entwicklung, sondern eine Abstraktion, die Marx aus methodischen Gründen einführte. Kapitalistische Produktion ist also immer erweiterte Reproduktion. Kapital muss wachsen, es muss auf einer höheren Stufe in mehr Geld verwandelt werden, dabei muss Arbeitskraft ausgebeutet, muss Konkurrenz vernichtet und müssen profitable Investitionsmöglichkeiten gefunden werden. Kapital wäre ohne dies kein Kapital.

2. Luxemburg sagt, es entstehe eine Lücke zwischen Angebot und Nachfrage. Es brauche zusätzliche AbnehmerInnen für die vielen Waren. Ihr Irrtum: In Phasen der starken Kapitalakkumulation entsteht der Markt für mehr Waren aus dieser Akkumulation selbst: Es braucht mehr Produktionsmittel und mehr Konsumtionsmittel für die zusätzlich angestellten ArbeiterInnen und ihre Familien. Die Arbeitslosenzahl sinkt vorübergehend, die technologische Entwicklung ist rasant und die Produktion läuft auf Hochtouren. Durch die schnelle Entwicklung der Produktivkräfte sind dieser Entwicklung jedoch Grenzen gesetzt.

3. Deshalb ist der schon erwähnte Handel mit nichtkapitalistischen Staaten, den Luxemburg als einen Kernpunkt ihrer Imperialismusanalyse definiert, für den Kapitalismus nicht überlebenswichtig. Trotzdem wurden und werden die nichtkapitalistischen Staaten, wenn nötig mit Gewalt zu ihrem «Handelsglück» gezwungen. Mit dem Einmarsch in den Irak, der Besetzung des Landes und der langfristigen Destabilisierung durch Bürgerkrieg. Ein noch aktuelleres Ereignis imperialistischer Kriegsstrategie ist Georgien. Ihr Irrtum: Das Kapital sucht im Trikont oder heute in den ex-sozialistischen Ländern nicht in erster Linie nach zusätzlichen Absatzmärkten, sondern nach profitablen Investitionsmöglichkeiten, nach billigen Rohstoffen und billigen Arbeitskräften. Gelingt dies, entsteht auch dort aus der kapitalistischen Logik selbst heraus eine zusätzliche Nachfrage. Die Widersprüche zwischen den Kapitalfraktionen der Metropolen und der abhängigen Länder und der damit verbundene Klassenkampf drehen sich in erster Linie um Investitionsmöglichkeiten. Aber auch, und da gehen wir mit Luxemburg einig, um Absatzmärkte. Denn das Kapital versucht mit Gewalt Strukturen durchzusetzen, in denen die Realisation stattfinden kann. National wie international. Das galt für die Kolonialpolitik der europäischen Mächte um 1900 genauso wie für den Zwang zur Marktöffnung, den die WTO heute ausübt.

Wundervolle Weiterführung

Rosa Luxemburgs Ausführungen sind dennoch sehr interessant. Der Gedanke, der Kapitalismus muss etwas

möchte weiterverfolgt werden. Es handelt sich um eine innere Dialektik, die ihn zwingt nach äusseren Lösungen suchen, um stabil zu bleiben. Auf internationaler Ebene: Die Jagd nach Rohstoffen, neuen Investitionsmöglichkeiten, billigen Arbeitskräften und nach Absatzmärkten. Auf nationaler Ebene: Vor allem die Jagd nach billigen Arbeitskräften für den Produktionsprozess und gratis Arbeitskräften für die private, unbezahlte Sorge- und Hausarbeit. Luxemburgs Kunst der Politik, so schreibt Frigga Haug in ihrem gleichnamigen Buch, ist vor allem, Politik im Grossen mit Alltag im Kleinen zu verbinden. Theorie mit Erfahrung zu verbinden. Für sie war «revolutionäre Realpolitik», die sozialistische Perspektive mit dem hier und heute Machbaren zu verbinden. Mit jedem Schritt sollten die Menschen, das Volk mehr in der Lage sein, ihre Geschichte in die eigenen Hände zu nehmen.



5. Januar 1919: Bewaffnete Arbeiter besetzen das Zeitungsviertel in Berlin



Januarkämpfe 1919: Revolutionäre Arbeiter (und Spartakisten) gegen die Truppen der SPD-Regierung



Jährlich demonstrieren tausende Menschen zum Gedenken an R. Luxemburg und K. Liebknecht

Zwischen Todessehnsucht und Faschismus

ANTIFASCHISMUS Aufgrund des Angriffs auf eine kulturelle Veranstaltung im Dunstkreis des Neofaschismus wollen wir uns mit den Hintergründen der Dark Wave Szene befassen.

(agafz) Am Samstag, dem 11. Oktober 2008, wurde das Lokal «Elvis et moi» in Fribourg, welches im Vorfeld mehrmals informiert und verwarnet wurde, von einem antifaschistischen Kommando gestürmt. Später am Abend sollte in dieser Örtlichkeit ein Neofolk Konzert mit der Band «Camerata Mediolanense» stattfinden. Eingeladen von der Organisation Soleil Noir. Die Erstürmung wirft viele Fragen auf. Daniel ist Antifa-Aktivist und befasst sich seit geraumer Zeit eingehend mit diesem Thema. Wir versuchen im Interview, den Hintergründen auf die Spur zu kommen.

Um was für Inhalte geht es in der Dark Wave / Neofolk Szene grundsätzlich?

Inhalte im Dark Wave sind breit gefächert und unterscheiden sich zum Teil stark untereinander. Grundsätzlich werden im Dark Wave düstere Themen, wie Todessehnsucht, Hoffnungslosigkeit, Weltschmerz behandelt, aber auch Gesellschaftskritik und Toleranz werden angesprochen. Neofolk ist eine Stilrichtung des Dark Wave.

Wie und wann entstand die rechtsgerichtete Strömung?

In den späten 80er und anfangs der 90er Jahre begannen einige Neofolk-Bands sich vermehrt nach rechts zu orientieren. Textliche Inhalte und Auftreten der Bands orientierten sich zusehends vermehrt an diversen faschistischen Strömungen.

Wurden die faschistischen Inhalte hineingetragen oder bestand diese Tendenz von Anfang an?

Es geschah beides. Bands, die sich nach rechts orientierten oder bereits von Anfang an rechte Inhalte hatten, machten sicherlich den Anfang. Relativ rasch wurden aber auch Neonazis vor allem in Deutschland auf diese Strömung innerhalb der Dark Wave Szene aufmerksam. Sie versuchten, mit mehr oder weniger Erfolg die Szene für sich zu vereinnahmen. Insbesondere in der Neofolk-Szene hatten sie damit einigen Erfolg. Die restliche

Dark Wave Szene, welche ja ihre Wurzeln im Punk hat, entzog sich dieser Vereinnahmung aber grösstenteils.

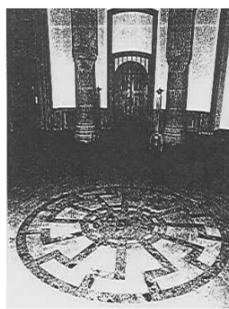
Wie gehen die verschiedenen Richtungen damit, um Symbole und Legenden mit Nazis zu teilen?

Diejenigen, welche solche Symbole benutzen, tun dies im vollen Wissen, worum es sich dabei handelt. Aus diesem Grund werden diese Symbole ja auch getragen. Meistens werden aber Symbole getragen, welche nicht auf den ersten Blick mit dem Dritten Reich zusammenhängen. Abgewandelte Hakenkreuze, altgermanische Runen, neokonservative Zeichen, etc. finden Verwendung. Vor allem die Faszination für den italienischen Altfaschismus (Evola oder Jünger) oder für den rumänischen Frühfaschismus (Codreanu's Legion Erzengel Michael) wird textlich sowie symbolisch offen zur Schau getragen.

Wie gehen die rechten Bands mit Rechtsextremismuskorruptionen um?

Diese werden stets abgestritten und die Musik ohne politische Ansicht in den Vordergrund gestellt, auch wenn diese Vorwürfe teilweise ganz offensichtlich berechtigt sind. Die Neofolk Szene und Bands versuchen immer wieder, ihre Texte und ihr martialisches Auftreten als Kunst zu verkaufen. Sie spielen mit dieser faschistischen Ästhetik, ohne diese auch nur ansatzweise zu kritisieren und zu hinterfragen

Schwarze Sonne



Das Symbol wird heute oft vom rechtsgerichteten Teil der Dark Wave Szene benutzt. Es ist historisch kein altes Symbol wie z. B. das Hakenkreuz, sondern erscheint in der Geschichte das erste Mal in der SS Schule von Wewelsburg während der Zeit des Nationalsozialismus.

Was ist „Camerata Mediolanense“ für eine Band? Was hat sie für eine Geschichte?

Die Band Camerata Mediolanense (übersetzt aus dem altitalienisch «Kameradschaft Mailand») ist eine alte und recht bekannte Band des Neofolk aus Italien, welche in erster Linie keine Berührungspunkte mit der rechtsextremen Politszene Italiens oder Deutschlands hat. So spielten sie zum Beispiel an Konzerten der Italienischen Jungfaschisten.

Gibt es weitere international bekannte Neofolk Bands?

Die bekanntesten rechten Neofolkbands sind sicher Death in June, Blood Axis, Allerseelen, von Thronstahl, «Der Blutharsch», NON, Boyd Rice, etc. Gerade diese Bands untermauern mit ihrer Ästhetik und benutzen Symbolik die rechtsextremen Grundhaltung der Neofolk-Szene. So traten zum Beispiel Death In June in Kroatien in den Uniformen der faschistischen Ustaša-Miliz auf.

Was ist Soleil Noir für eine Organisation?

Soleil Noir ist ein Veranstalter von Neofolkkonzerten in der Romandie. Sie organisierten in der Vergangenheit Konzerte mit vielen der eben genannten rechtsextremen Grössen der Neofolk-Szene. Ihre «offizielle» Einstellung ist selbstverständlich unpolitisch, aber sie scheuen weder den Kontakt zur rechtsextremen Szene, noch interessiert sie es, ob eine rechtsextreme Einstellung der Bands oder des Publikum vorhanden ist. Zudem bedeutet Soleil Noir übersetzt «Schwarze Sonne» (siehe Kasten).

Wie steht es mit Verbindungen zu Blood & Honour?

Soleil Noir hat sehr gute persönliche Kontakte zu Blood & Honour Romandie. Zudem tauchten immer wieder Mitglieder von Blood & Honour Romandie an Konzerten von Soleil Noir auf, welche auch ungehindert den Hitlergruss zeigten.

Besten Dank für das aufschlussreiche Gespräch und viel Erfolg in Eurer politischen Arbeit!

Literaturhinweis: Andres Speit, Ästhetische Mobilmachung - Dark-Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien, Unrast Verlag.

Krieg um Rohstoffe und Transportwege

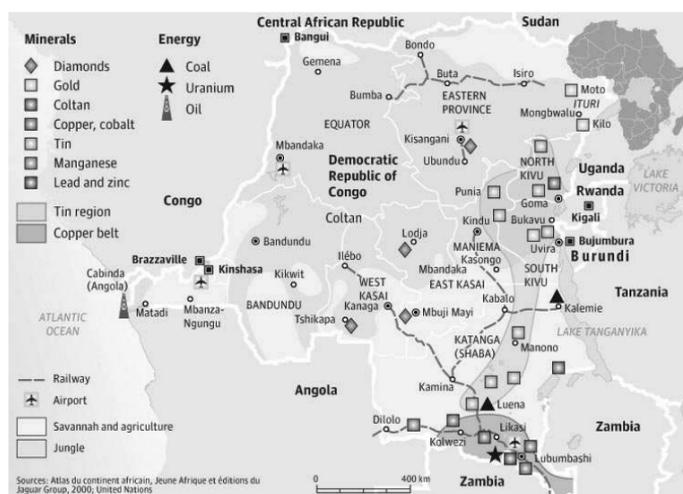
AFRIKA Im Kongo tobt ein blutiger Stellvertreterkrieg um die Kontrolle der rohstoffreichen Provinz Kivu. Vor der Küste Somalias formiert sich eine Armada von Kriegsschiffen, um den sicheren Abtransport der Rohstoffe militärisch durchzusetzen.

(rabs) Von links bis rechts herrscht helle Empörung. Nicht etwa über die Ausplünderung der Weltmeere durch die Hochseeflotten der imperialistischen Mächte oder die dadurch produzierte Arbeitslosigkeit der lokalen Fischer. Statt brav zu verhungern wagen es doch tatsächlich inzwischen zu Piraten mutierte Fischer, den Welthandel ernsthaft in Gefahr zu bringen. Nichts ist ihnen heilig – weder der mit Kriegsgerät voll gepackte ukrainische Frachter noch der randvoll mit Öl gefüllte Supertanker «Sirius Star». Fraglos ist die Seepiraterie eine Form der organisierten Kriminalität, die keineswegs nur Robin Hood'sche Züge trägt. Im Vergleich zu den imperialistischen Raubzügen in Afrika sind die somalischen Piraten allerdings kleine Eierdiebe, die nun militärisch ausgerottet werden sollen. Passend zum kommenden 60-jährigen NATO-Jubiläum soll einmal mehr der weltweite Aktionsradius der europäisch-amerikanischen Kriegstruppe demonstriert werden. Bereits vor Ort sind seit längerer Zeit internationale Kriegsschiffe der zur Operation Enduring Freedom gehörenden «Task Force 150» und auch russische Kriegsschiffe. Da dürfen natürlich die europäischen Mächte nicht fehlen und die EU entsendet in den nächsten Wochen sechs Kriegsschiffe in die somalischen Gewässer.

Blut für die Handelswege

Blut soll jetzt endlich fliessen – selbst sonst eher zurückhaltende ZeitgenossInnen verlieren beim Thema Piraterie jegliche politische Vernunft und unterstützen einen Militäreinsatz. Schliesslich gehört die Sicherung der Rohstoffquellen und der Transportwege wieder

zum Grundauftrag der europäischen Armeen. In guter alter Kolonialmanier legitimiert der deutsche Verteidigungsminister Jung den militärische Einsatz im fernen Afrika ausgerechnet mit dem deutschen Strafgesetz, das es jedermann erlaube, einen Straftäter in flagranti festzunehmen. Die Interessen Deutschlands, Frankreichs oder der USA werden eben nicht nur am Hindukusch, sondern auch in Somalia oder der rohstoffreichen kongolesischen Provinz Kivu verteidigt.



Der Rohstoffreichtum – das Drama des Kongo

Der jüngste Krieg dreht sich wie alle Schlächtereien der letzten Jahrzehnte im Kongo um den Zugang der ausländischen Konzerne zu den Rohstoffen. Bereits die Unabhängigkeit des Kongo begann deshalb mit einem Mord – der fortschrittliche Präsident Patrice Lumumba wird mit aktiver Unterstützung Belgiens und der USA durch den antikommunistischen Armeeführer Mobutu 1965 entmachtet und ermordet. Bis zu seinem Sturz lässt Diktator Mobutu das Land durch ausländische

Konzerne ausplündern, selbstredend gegen entsprechende Tantiemen auf seine Schweizer Konten. 1997 wird er durch Laurant Kabila gestürzt. Zwar begrüssen die imperialistischen Mächte den Sturz des lange gehätschelten Mobutu – hatte er doch in den 90er Jahren Verträge mit chinesischen Firmen zur Rohstoffausbeutung abgeschlossen. Doch auch Laurant Kabila war nicht nach dem Gusto der USA. Er drehte den Spieß nämlich einfach um und «er versuchte, ausländische Investoren zu betrügen», wie die demokratische Kriegslady Madeleine Albright entsetzt in ihren Memoiren festhält¹. 2001 wird Laurant Kabila ermordet. Zufrieden konstatiert die damalige US-Aussenministerin Albright den Mord mit den Worten: «Sein gemässigerer Sohn Joseph Kabila trat seine Nachfolge an, was es erleichterte, ein Abkommen auszuhandeln».²

Laurant Nkunda – Schlichter für den freien Markt

Der Hintergrund für den aktuellen Krieg im Kongo sind einmal mehr die Verträge über die Ausbeutung der Rohstoffe und die Konkurrenz zwischen den imperialistischen Mächten. Frankreich und Belgien versuchen, ihre Interessen über die Regierung von Joseph Kabila wahrzunehmen. Deutschland und die USA sind eng mit der ruandischen Regierung von Präsident Kagame verbunden, der über seinen alten Kampfgefährten Laurant Nkunda versucht, die Kontrolle über die kongolesischen Rohstoffe zu gewinnen. Einige sind sich die westlichen Mächte eigentlich nur in einem Punkt: Das von Joseph Kabila abgeschlossene 9-Milliarden-Geschäft mit der VR China ist nicht in ihrem Interesse. Und da kommt der von Ruanda hochgepöbelte Rebellen-Chef Nkunda zum Zuge. Er will diese Verträge mit der militärischen Kontrolle über die Provinz und ihre Rohstoffe ausser Kraft setzen und bietet sich den multinationalen Konzernen und ihren Staaten als Garant für die weitere Ausplünderung des Kongo an.

¹ Madeleine Albright, Madam Secretary, S. 542

² a.a.O. S. 640

In 48 Stunden raus

SANS-PAPIERS Elf Monate wurde unser palästinensischer Genosse im Ausschaffungsgefängnis Bässlergut festgehalten.

(agafb) Bis jetzt hatten wir Ahmed als pünktlich erlebt. Als er nach einer halben Stunde noch immer nicht zum Interview-Termin erschienen war, machten wir uns Sorgen. Ob er in eine Kontrolle geraten war? Was geschieht dann mit ihm? Nochmals Monate im Gefängnis?

Ahmed (34) ist illegal in der Schweiz. Er hätte die Schweiz nach seiner Freilassung sofort verlassen müssen. Am Tag danach die Erlösung: Heute klappt das Treffen mit ihm.

«Polizeikontrolle. Ich war wieder im Bässlergut» erzählt er uns. Nur eine Nacht diesmal, aber mit fatalen Folgen: Mein ebenfalls illegaler Kollege hatte mir 500 Franken zur Aufbewahrung anvertraut. 450 davon haben mir die Arschlöcher weggenommen! Illegaler Aufenthalt in der Schweiz wird mit Busse bestraft.

Ahmed ist kämpferisch. Auf dem Posten fragt er den Polizisten, der ihn verhört, ob er ein Rassist sei. Dieser führt ihn in einen anderen Raum und legt ihm Handschellen an. Ja, ich bin Rassist, sagt der Polizist und schlägt ihn.

Endstation Basel

Ahmed beginnt von seiner Odyssee zu erzählen: «Ich fuhr mit dem Bus aus Gaza nach Ägypten. In Kairo bestieg ich ein Flugzeug in die Türkei und blieb einige Tage in Istanbul. Freunde, die ich dort kannte, halfen mir, die griechische Insel Samos zu erreichen, wo ich einige Zeit ins Gefängnis kam. Als ich wieder entlassen wurde, fuhr ich weiter nach Athen. Ich hatte Glück, auf einem guten Schiff fahren zu können. Andere müssen mit einem kleinen, schlechten Boot fahren und überleben die Fahrt oft nicht.

Ich arbeitete einige Zeit in Athen und reiste dann weiter nach Italien, wo ich mir einen spanischen Pass organisieren konnte. Mein Ziel war es, nach Norwegen zu gelangen. Ich fuhr mit dem Zug von Mailand Richtung Deutschland. Doch am Badischen Bahnhof Basel fragten mich die deutschen Zöllner nach dem Pass. Ich zeigte den spanischen Pass, doch sie merkten, dass er gefälscht war. Sie brachten mich zur Schweizer Polizei. Dort sagte ich, ich würde die Schweiz sofort wieder verlassen, wenn sie mir nur 24 Stunden Zeit gäben. Doch das wollten sie wegen diesen EU-Verträgen

nicht.

Ich stellte ein Asylgesuch, das aber abgelehnt wurde. Die Schweizer Behörden versuchten, meine Identität zu überprüfen und Papiere für mich zu organisieren, um mich loszuwerden. Die Hamas sagte auf Anfrage nur,

sen sollte, sagten sie mir, ich solle das Flugzeug nehmen. Auf meinen Einwand, der Flughafen im Gazastreifen sei geschlossen, meinten sie, dann solle ich halt ein Taxi nehmen. Ich darf weder hier bleiben, noch könnte ich die israelische Grenze überqueren.

Überhaupt kommt mir die Schweizer Polizei sehr dumm vor. Sie wissen nichts von Palästina. Dafür wiederholen sie ständig, wir sollten zurück in unser Land gehen. Eine Polizistin sagte mir, wir hätten es im Bässlergut ja wie in einem Hotel. Ich sagte ihr nur, sie solle doch mal hier Ferien machen.

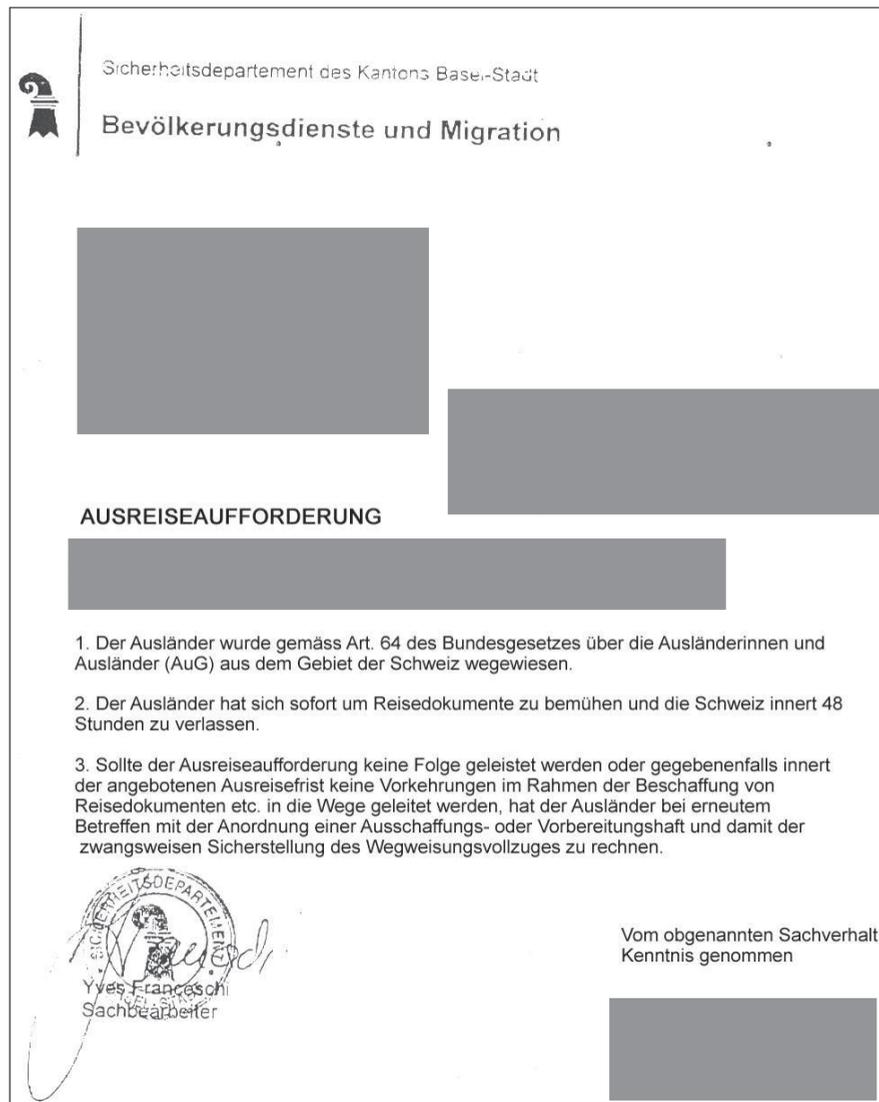
Die Wärter im Knast sind noch rassistischer als die PolizistInnen. Sie schikanierten uns, wo immer sie konnten. Ständig wurden wieder neue Regeln erfunden, denen wir Folge leisten mussten. Verweigerten wir den Gehorsam oder verlangten Erklärungen oder Entschuldigungen, sperrten sie uns oft einige Tage in den Bunker. Der Bunker ist eine unterirdische Isolationszelle. An der Decke hängen zwei Überwachungskameras, mit denen die Wärter den Gefangenen ständig überwachen. Das Licht brennt 24 Stunden am Tag, Essen gibt es absichtlich zu wenig.

Der Kampf geht weiter

Während meiner Haftzeit im Bässlergut fanden zweimal laute Kundgebungen vor dem Gefängnis statt. Wir Gefangenen wussten nicht, wer hinter den Demos stand, die Teilnehmenden wurden als «Hippies» oder «die schwarz Gekleideten» bezeichnet. Aber die Solidarität gab uns Mut. Die Stimmung wurde kämpferischer, wir wagten wieder, gegen Schikane zu protestieren. Es kam dann zu spontanen Hungerstreiks und Rangeleien mit den Wärtern. Das war gut! Aber nach ein paar Tagen Bunker flaute die Kampflust schnell wieder ab.

Die Schweizer Asylpolitik ist für mich nicht nachvollziehbar. Der Staat verliert doppelt: Einerseits kostet jeder Ausschaffungshäftling pro Tag 200 bis 300 Franken, andererseits bleiben viele trotzdem in der Schweiz.

So hätte ich eigentlich nicht in der Schweiz bleiben wollen, aber jetzt, wo sie mir elf Monate von meinem Leben gestohlen haben, müssen sie mich schon noch länger hier ertragen. Nun kämpfe und lebe ich halt in Basel statt in Norwegen oder Palästina.



sie seien im Krieg und hätten also anderes zu tun, als Personaldatenbanken zu erstellen. Zudem lassen die israelischen BesatzerInnen sowieso keine erwachsenen PalästinenserInnen ins Land.

So mussten sie mich nach elf Monaten im Bässlergut freilassen. Allerdings mit der Auflage, die Schweiz innerhalb von 48 Stunden zu verlassen und nach Palästina zurück zu kehren. Als ich sie fragte, wie ich dorthin rei-

Sicherheit, Sicherheit über alles

DEUTSCHLAND Was man sich so alles gefallen lassen muss, um in unserem Nachbarnland legal zu demonstrieren.

(az) Nächsten April steht in Baden-Württemberg der Nato-Gipfel an. Bis dahin soll ein neues Versammlungsgesetz in Kraft sein. In Bayern besteht es schon, in Niedersachsen, Hamburg und Sachsen-Anhalt sind ähnliche Gesetze in Vorbereitung.

Es mag uns verblüffen, denn verboten war in der BRD ohnehin fast alles. Die Länge von Transparenten wird vorgegeben oder Transparente werden ganz verboten, Kleidung, mit der man sich verummeln könnte, oder Schutzausrüstung – das nennt sich passive Bewaffnung – muss zu Hause bleiben. Und alles wird gefilmt. Doch es geht noch schärfer und zwar mit dem so genannten Militanzverbot. Das Gesetz legalisiert, was jetzt noch nicht legal, aber üblich ist, wie z.B. das Filmen. Es geht aber sehr viel weiter. So ist das Tragen von «gleichartigen Kleidungsstücken», die «den Eindruck der Gewaltbereitschaft» vermitteln, illegal. Und ein «Auftreten, das eine einschüchternde Wirkung auf die Bevölkerung entfalten kann» führt zur Demoauflösung.

Ob Kleider und Auftreten genehm sind, entscheidet die Polizei.

«Dritte» können geltend machen, dass eine Demonstration ihre Rechte stört und damit ein Verbot durchsetzen. Absehbar ist, dass das Gewerbe versuchen wird, Demonstrationen während der Ladenöffnungszeiten zu verhindern. Wirklich brisant wird es aber, wenn ein Unternehmen vorträgt, es sehe seine Interessen durch eine Streikdemo beeinträchtigt.

Ausgebaut wird im neuen Gesetz auch die Pflicht mit den Behörden zu kooperieren. Wer eine Bewilligung einholt, haftet mit Namen, aber nicht allein. Zukünftig muss auch ein Ordnungsdienst aufgestellt werden und zwar ein grosser. Dabei darf die Behörde unliebsame Personen von der Liste streichen und Ersatz verlangen. Wer während der Demo seiner Pflicht nicht nachkommt, macht sich strafbar, also wird der Ordnungsdienst zum Hilfsbullenkorps oder riskiert Kriminalisierung. Faktisch bedeutet es, dass sich niemand für diesen Job zur Verfügung stellt. Die verbleibende Möglichkeit ist deshalb jene, die schon längst verboten ist, ohne Bewilligung demonstrieren. Am 18. Oktober hat in Mannheim eine unangemeldete Demo stattgefunden, in verschiedenen Bundesländern sollen weitere folgen.



Wäre das eine Demo, könnte sie verboten werden

MERKE!

Bernard Brack (Bild unten in der Mitte) ist einer der sogenannten Hooligan - Bullen der Stapo Zürich, Abteilung SIDI. Er gehört zu der Sorte, die angeblich das Gespräch suchen und damit auf die Leute zugeht. Übrigens, Verjagen lässt er sich wie alle anderen auch!



1. Mai 2008 beim Kanzleischulhaus: Diese Gruppe ist eine von vielen der Stapo Zürich. Sie haben eine Kamera dabei und sind gleichzeitig Greifer! Also Vorsicht!



1. Mai 2008: Vermummte Zivis: und dann reden alle vom furchterregendem Black Block!!



Zivi - Frauen: Nie vergessen, dass auch Frauen bei den Bullen arbeiten und auf der Strasse bei Demos genauso wie als Observationsbullen

Lebewohl Maha Nassar

Am Freitag 10. Oktober 2008 ist Maha Nassar, Präsidentin der «Union der Palästinensischen Frauenkomitees» (UPWC) an Krebs gestorben. Nachruf auf eine furchtlose, kämpferische Genossin.

(agfk) «Maha Nassar - Der glänzende Stern am Himmel Palästinas...» So begann die traurige Nachricht, die uns am 13. Oktober über den Tod von Maha Nassar erreichte. Mit diesem Nachruf wollen wir einer starken Frau gedenken; einer Genossin, die ihr ganzes Leben unerschrocken für die Gleichheit der Geschlechter, gegen die israelische Besatzung und für eine sozialistische Perspektive kämpfte.

Maha Nassar wurde am 10. Juni 1954 in der alten Stadt von Jerusalem geboren, nachdem ihre Eltern von West Jerusalem wegen der Al Nakba 1948 zwangsmässig umsiedeln mussten. Sie studierte an der Bir-

zeit Universität. Maha Nassar war eine der Personen, welche im Dezember 1967 die PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas) gründeten. Maha Nassar absolvierte ein Physikstudium und schloss das Frauenstudium mit dem Master ab. Sie kämpfte in der ersten und zweiten Intifada. Mehrere Male wurde sie von den Besatzungsautoritäten verhaftet und unter Hausarrest gestellt.

Direkte Beziehung zur Frauenbasis

Bis zu ihrem Tod war Maha Nassar Präsidentin der UPWC. Diese steht politisch der PFLP nahe. Die UPWC kämpft seit den 80er Jahren für eine laizistische, fortschrittliche und demokratische Gesellschaft in Palästina, worin die gesetzliche wie auch die soziale Gleichstellung zwischen Frau und Mann gewährleistet ist. Mit verschiedenen Mitteln kämpfen sie für die ökonomische Unabhängigkeit der Frauen. Maha Nassar war aber nicht nur in Palästina bekannt, sie hatte Kontakte

zu fortschrittlichen Kräften international. Die palästinensischen GenossInnen beschreiben Maha Nassar als eine Kämpferin, die ihre Worte stets mit Handlungen verband und immer an vorderster Front war. Überall wo sie war, versuchte sie Bewusstsein zu schaffen und Revolution und Rebellion anzuzetteln. Sie war bekannt für ihre Hartnäckigkeit, Kampfbereitschaft und auch für ihre Bescheidenheit. «Du wirst immer bei uns bleiben als eine nie aufhörende Revolution», schreiben die GenossInnen zum Schluss der Nachricht.

Auch wir hatten das Glück, Maha Nassar kennen zu lernen. Auf unsere Einladung hin kam sie in die Schweiz für eine Veranstaltung über die Situation der Frauen in Palästina. Danach reiste eine Frauen-delegation von uns nach Palästina, um die Arbeit der UPWC und die aktuelle Situation der Frauen kennen zu lernen.

Maha, wir werden dich nicht vergessen und für unsere gemeinsamen Ideen weiter kämpfen.

CHRONOLOGIE DER ARBEITSKÄMPFE

Schweiz

Streik an Schulen und am Unispital

Im Kanton Waadt sind erneut Kantonsangestellte aus verschiedenen Sektoren in Streik getreten. Sie wollen damit in der Verhandlung zum neuen kantonalen Lohnsystem eine Besserstellung erreichen. GymnasiallehrerInnen, Verwaltungsangestellte der Gesundheitsdirektion sowie Angestellte des Universitätsspitals CHUV legten die Arbeit nieder. Grund für den Protest sind die Verhandlungen zum neuen Lohnsystem. Kantonsangestellte verschiedener Sektoren befürchten mit dem neuen System eine Schlechterstellung. Der Streit hält bereits seit mehr als einem Jahr an. Ende Januar hatten 10 000 Kantonsangestellte gegen die Regierungsvorschläge demonstriert. 6000 haben damals die Arbeit niedergelegt. Es geht insbesondere um die OberstufenlehrerInnen sowie das Personal der Administration, die unter noch schlechteren Bedingungen arbeiten müssten. (3.11.08)

Frankreich

EisenbahnerInnen legen Zugverkehr in Paris lahm

Am 6. November 08 haben die EisenbahnerInnen mit einem Streik den Zugverkehr praktisch lahm gelegt. Viele Regionalzüge fielen aus und auch die TGV's waren betroffen. Grund für diesen Streik: Die Französische Zuggesellschaft will flexible Arbeitszeiten einführen, gegen den Willen der ArbeiterInnen.

Pilotenstreik bei der Air-France

Seit dem 14. November 08 sind die Piloten der Air France im Streik. Noch bis Montag Mitternacht wollen sie ihn fortsetzen. Sie protestieren gegen eine geplante Änderung, nach der sie auf freiwilliger Basis erst mit 65 statt wie bisher mit 60 Jahren in Rente gehen können. Bei der Air France fielen am dritten Streiktag zwischen 30 und 35 Prozent der Langstreckenflüge aus. Etwa die Hälfte der übrigen Verbindungen wurden wegen des Pilotenstreiks ebenfalls gestrichen.

14 aufbau nr. 55 – november/ dezember 2008

Griechenland

Streik legt Athen lahm

Wegen eines Streiks ist das öffentliche Leben in Griechenland nahezu zum Erliegen gekommen. Landesweit gab es erhebliche Verkehrsbehinderungen. Wegen einer vierstündigen Arbeitsniederlegung der Fluglotsen musste jeder dritte Inlandflug gestrichen werden. Zahlreiche internationale Flüge starteten verspätet, teilte der Athener Flughafen mit. Behörden und Schulen blieben geschlossen, in Krankenhäusern wurde nur eine Notbesetzung aufrechterhalten. Mehrere Medien, darunter der staatliche TV-Sender, stellten für 24 Stunden ihre Berichterstattung ein. Probleme gab es vor allem auch für die BenutzerInnen der U-Bahnen und Busse in der Hauptstadt Athen. Viele BewohnerInnen der Vier-Millionen-Metropole mussten zu Fuss zur Arbeit gehen. Einzig der Fährverkehr verlief bislang normal. Etwa 5000 ArbeiterInnen und Staatsbedienstete marschierten in der griechischen Hauptstadt zum Parlament und forderten einen Schutz ihrer Altersversorgung. Die Gewerkschaften sprachen von einer unerwartet hohen Teilnahme an dem Streik.

Amerika

Everett im US-Bundesstaat Washington-Streik lässt Gewinn von Boeing einbrechen

Beim US-Flugzeugbauer Boeing ist nach fast zwei Monaten ein Ende des teuren Mechaniker-Streiks in Sicht. Während mehr als sieben Wochen wurden von rund 27'000 MechanikerInnen keine Maschinen mehr gefertigt. Der Streik kostete die Boeing angeblich jeden Tag mehr als 100 Millionen Dollar. Die Forderungen der ArbeitnehmerInnen: Arbeitsplatzgarantien durchsetzen und die Verlagerung von Stellen verhindern. Der während 47 Tagen andauernde Streik, der die Passagierflugzeug-Montage des Boeing-Konzerns lahm gelegt hatte, belastete das Ergebnis des Airbus-Konkurrenten deutlich. (24.10.08)

Malaysia

ArbeiterInnenstreik

Einige hundert ArbeiterInnen aus Bangladesh und Nepal, die in einer Fabrik arbeiten, treten am 7.11.08 in einen Streik, nachdem einer ihrer Kollegen gestorben war. Sie beschuldigen das Management, den unter Atemnot leidenden Nepalesen zu spät ins Krankenhaus gebracht zu haben. Das Management wird auch wegen nicht Einhalten der Arbeitsverträge stark kritisiert. Die ArbeiterInnen erhalten zwar ihren Lohn, aber nicht in der Höhe, wie er im Arbeitsvertrag festgehalten ist.

China

TaxifahrerInnen im Streik

Der Streik der TaxifahrerInnen ist auch am Dienstag fortgesetzt worden. Man schätzt, dass 4000, also etwa die Hälfte der TaxifahrerInnen, die sich im Streik befinden. Die Streikenden griffen Streikbrechertaxis an, es wurden mindestens 100 Fahrzeuge demoliert, darunter drei Polizeiautos. Auslöser für diesen Streik: Die Betriebskosten, einschliesslich Strafzettel, sind zu hoch und die von der Verwaltung festgesetzten Fahrtkosten zu niedrig. Die Verwaltung hat nun entschlossen, dass die Leihgebühr, die die Fahrer für die Autos an die Firmen zahlen müssen, um 70 Yuan (bisher waren es ca. 380 bis 440 Yuan) pro Tag gekürzt wird. (5.11.08)

Indonesien

Tausende ArbeiterInnen demonstrierten

Eine Vorschrift, verabschiedet von vier Ministerien im Oktober 2008 sieht vor, dass in Zukunft der Mindestlohn nicht mehr durch die Regierung (bzw. die Provinzen oder andere Gebietskörperschaften) festgelegt werden, sondern künftig von Unternehmen zu Unternehmen einzeln ausgehandelt werden soll. Die ArbeiterInnen befürchten, dass dies die Abschaffung des Mindestlohnes ist. Die Demonstrierenden fordern vom Gouverneur der Provinz Zentraljava, den Regierungsbeschluss zu ignorieren. Auch In Jakarta gingen die ArbeitnehmerInnen auf die Strasse, um zu demonstrieren.

Studieren, was der Markt verlangt

BOLOGNA Die Universität wird umgekrempelt und die Übergangsphase ist chaotisch.

(az) Da der Bologna-Prozess schwammig formuliert ist, kann man theoretisch nicht schlüssig beantworten, was diese Reform bedeutet. Sie müsste auf jeden Fall nicht so durchgesetzt werden, wie wir es gerade miterleben. Die politische Exekutive hatte sich wohl ohnehin für Reformen entschieden und kann nun Bologna vorschieben. Schon der Anfang wies in diese Richtung. 1999 unterzeichnete die Schweiz das Abkommen ohne Absprache mit den betroffenen Institutionen. Praktisch lässt sich deshalb die Frage ohne jedes Problem beantworten. Bologna dient nur einer Herrin, der Wirtschaft: Es ist die Rede von zukünftigen Arbeitskräften, die universitären Kernaufgaben Lehre und Forschung kommen hingegen nicht vor. Programmatisch wird behauptet die Mobilität, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungsfähigkeit zu fördern und dies geschehe, indem ein dreijähriges Kurzzeitstudium und ein Kreditpunktesystem eingeführt werden – dass sich solches bis anhin als unwahr erwiesen hat, tut der Reformfreude keinen Abbruch.

Mobil, flexibel und formbar

Als wettbewerbsfähig gilt ein Land, wenn es zur richtigen Zeit genug IngenieurInnen oder ÖkonomInnen hat, unverwertbar und deshalb unnützlich sind hingegen GermanistInnen und dergleichen. Das zu regulieren ist aber nicht so einfach, da ja StudentInnen ihr Fach selber wählen dürfen. Also muss das Angebot verändert werden, das geschieht über das zweite Zauberwort «Beschäftigungsfähigkeit»: Die Uni soll also in Zukunft Ausbildungen bevorzugen, die zu einer konkreten Arbeit hinführen, andere Studiengänge hingegen vernachlässigen lassen, indem sie knapp gehalten werden.



StudentInnen protestieren seit Jahren in Deutschland.

Schöngestimmtes ist höchstens für das Master-Studium vorgesehen, nicht für das Grundstudium. Dieses, der Bachelor, ist aber auszubauen. Hier werden «light» Diplome angestrebt, welche dann natürlich später in der Arbeitswelt auch nur «light» entlohnt werden können. Wer sich damit nicht begnügt und die höhere Qualifikation Master anstrebt, muss sich speziell bewähren und hat nicht automatisch das Recht dazu, nur weil er oder sie den Bachelor bestanden hat. Da bei uns nach wie vor die Einstellung vorherrscht, an die Uni gehe man für den Master, an die Fachhochschulen für den Bachelor, gibt es in diesem Bereich noch ein Durchsetzungsproblem.

Zu Bologna gehört auch, dass StudentInnen Punkte sammeln müssen, jeder Punkt repräsentiert eine Zeiteinheit – nicht etwa Kenntnisse, nein, ein Punkt bedeutet profane 30 Stunden Aufwand. Für einen Bachelor-Abschluss sind 180 Punkte notwendig, um zu einem Master-Abschluss zu gelangen weitere 90 bis 120 Punkte. Rein theoretisch könnten diese Punkte in verschiedenen Disziplinen und an verschiedenen Universitäten gesammelt werden. Da aber die Studiengänge in den ersten drei Bachelor-Jahren verschult sind, d.h.

vorgegeben ist, was zu besuchen ist, dient das Punktesystem einzig dazu, Flexibilität – die viel zitierte Mobilität – vorzutäuschen. Gerade hier springt der Widerspruch ins Auge: Es wird gesagt, StudentInnen sollen selbständig werden, reisen, interdisziplinär studieren und so auf «lebenslanges Lernen» einstimmen, faktisch wird es verunmöglicht.

Privatisierung ist was anderes

Unter dem Strich erscheint die Reform chaotisch und wenig sinnvoll. Das stimmt, soll aber nicht so bleiben. Die Wirtschaft artikuliert klar und deutlich, dass sie mehr und jüngere UniabgängerInnen erhalten will. Wenn es nach Wunsch läuft, werden in einigen Jahren mehr Leute als jetzt studieren und einen Bachelor haben, daneben soll eine handverlesene Elite den Master erringen.

Ein Fehler, der häufig gemacht wird, ist es, aus diesen Reformen auf eine drohende Privatisierung der Universitäten zu schliessen. Von Privatisierung bedroht oder bereits privat sind die Fachhochschulen und Weiterbildungen, also reine Lehrbetriebe. Daneben will die Schweiz aber «exzellente» Universitäten wie die ETH. Deren Flaggschiff bleibt das Masterstudium und die Forschung, was äusserst teuer ist. Selbst mit enormen Studiengebühren ist da nur Ruhm und Ehre, nicht aber Profit rauszuschlagen. Die privaten US-Unis können nicht als Gegenargument dienen, sie häufen seit über hundert Jahren Spenden an – Harvard hat \$ 22 Mia Eigenkapital – und sind deshalb gesichert. Absehbar ist hingegen, dass die staatlichen Mittel noch mehr als bereits der Fall ungleich verteilt werden, und dass immer häufiger gezielt gesponsort wird. Schon jetzt bezahlt die Credit Suisse den Banken-Lehrstuhl in der Wirtschaftsfakultät der Uni Zürich.

Bildungsserie: Dieser Artikel ist Teil einer Serie, weitere findest du online als Dossier.

vorwärts- die Waffe für den Klassenkampf



bewaffne dich mit einem Abo.

ausschneiden und einsenden an
vorwärts, Postfach 2469, 8026 Zürich
oder elektronisch www.vorwaerts.ch

- Jahresabo für CHF 160.- Nichtverdienende für CHF 110.-
 Halbjahresabo für CHF 85.- Probeabo: 6 Nummern für CHF 10.-

Name/Vorname:

Strasse/Nr.

PLZ/Ort:

adag
Druckerei

H.R. Breitenmoser
Landenbergstrasse 10
CH-8037 Zürich

Tel. 044 272 17 10
Fax 044 271 77 26

adag@adagebra.ch

Briefschaften • Plakate • Flyer • Postkarten • etc.

TAXI – Magazin für Soziales und Kultur

www.strassenmagazin.ch.vu

Offen für Texte und Infos...

Wir brauchen immer VerkäuferInnen.
Pro verkauftem Heft verdienst DU CHF 2.50
Job-Telefon 078 742 28 67

Rote Welle

LoRa 97.5 MHz

**Sonntag
18 bis 20 Uhr**

Die nächsten Daten:

14.12.2008

4.1.2009

1.2.2009

1.3.2009

**Wiederholungen
jeweils
donnerstags
10 bis 12 Uhr**

Kritik und Anregungen an:
Rote Welle, Postfach 8663, 8036 Zürich

Alle reden vom Umbruch, wir versuchen ihn zu verstehen

den Abbruch
des Volkshauses in Win-
terthur 2004 sollte wohl auch ein Teil
der Winterthurer ArbeiterInnen-
geschichte beseitigt werden. Um dem
entgegenzuwirken haben
der Revolutionäre Aufbau Winterthur, die PdA
Winterthur und Einzelpersonen im vergangenen
Herbst auf einen Stadtgrundgang eingeladen,
dessen Beiträge nun auch als Broschüre unter
winterthur@aufbau.org oder im Aufbau-Vertrieb in Zürich
erhältlich sind.

Buchhandlung am Helvetiaplatz

Staufferstrasse 60
8026 Zürich 4
Telefon 01 241 42 32
Telefax 01 291 07 25
www.helvetiabuch.ch

Politik Von >Adorno bis >Zapata

Ich, Richard Sorge, werde Hitler besiegen

COMIC Isabel Kreitz gelingt es mit ihrer Graphic Novel «Die Sache mit Sorge: Stalins Spion in Tokio» ein historisches und persönliches Drama zu erzählen, ohne dabei dramatisch zu sein.

(az) Frauen, die Comics machen, sind eine Rarität und Comics aus dem deutschsprachigen Raum eine Seltenheit. Insofern ist Isabel Kreitz eine doppelte Ausnahmerecheinung, glücklicherweise sogar eine, mit Sinn für gute Geschichten. In ihrem neuen Werk erzählt sie die letzten Monate im Leben des Richard Sorge¹. Wer früher in der DDR verkehrte, mag den Namen kennen, vielen aber wird er unbekannt sein. Als Spion, der er war, war es natürlich auch seine Absicht, unerkannt zu bleiben. Nichtsdestotrotz ist seine Geschichte in der Zwischenzeit hinlänglich bekannt und nur weil der kommunistische Widerstand gegen Nazi-Deutschland von der bürgerlichen Geschichtsschreibung stiefmütterlich behandelt bis hin zu unterschlagen wird, kennt heute jedes Kind Sophie Scholl, nur Interessierte aber Richard Sorge. Sinnbildlich dafür steht, dass ausgerechnet der Alt-Nazi Regisseur Veit Harlan – er hat das antisemitische Machwerk «Jud Süß gedreht» – 1954 über Sorge einen Film machte, der den unsäglichen Titel «Verrat an Deutschland» trägt. Aber sogar dieser üble Agenten-Streifen wurde im zunehmend antikommunistischen Klima der BRD wegen Verherrlichung des Kommunismus verboten. Nun hat Isabel Kreitz diesen kleinen, ungewöhnlichen und spektakulären Teil sowjetisch-deutscher Geschichte wieder aufleben lassen und einem breiten Publikum zugänglich gemacht.

Spion, Säufer, Kommunist

Wie viele seiner Zeitgenossen war auch Sorge in einem Lazarett des Ersten Weltkrieges zum Kommunisten geworden. Danach war er überall in Deutschland aktiv. Mitte der 20er Jahre ging er in die Sowjetunion, von wo aus ihn die Partei rund um den Erdball schickte, denn ab dem Ende der 20er Jahre war Sorge hauptberuflich Spion. Dafür war Sorge Mitglied der NSDAP geworden und durchlief eine Karriere als perfekter Nazi. Die Ausgangslage alleine macht klar, in welcher widerwärtigen Lage sich dieser Mann befand. Im Comic streifen wir ihn kurz in China, lernen ihn dann aber erst anfangs der 40er Jahre in der deutschen Botschaft von Tokio richtig kennen: Unsympathisch, heruntergekommen, versoffen und verzweifelt. Wie könnte es anders sein, jahrelang lebte der überzeugte Kommunist unter Nazis, erwarb sich ihr Vertrauen und versuchte wertvolle Informationen zu gewinnen, um diese unter hohem persönlichem Risiko nach Moskau funken zu lassen. Während seine GenossInnen in Deutschland in KZs geworfen und abgeschlachtet wurden, Stalin in der UdSSR säuberte und Freunden den Prozess machen liess, schliesslich auch noch die Sowjetunion von Hitler überfallen und in Leid und Elend gestürzt wurde, musste er im noch nicht kriegsbeteiligten Japan an Bars rumhängen und mit Nazi-Funktionären über Belanglosigkeiten plaudern. Er führte das Leben eines Bohemiens, während was er liebte, in den Boden gestampft wurde. Alles an seinem Leben war ein Widerspruch und das, so zeichnet Kreitz



Sorge war an der Botschaft der bestinformierte Mann



deutlich, geht auf Kosten der Persönlichkeit. Und natürlich ist das der Stoff, aus dem die Agenten-Romane sind. Aber Kreitz' Erzählung über Sorge ist weder ein Helden-, noch ein Abenteuerroman, sie widerspiegelt vielmehr die unausweichliche Dramatik der Zeit.

Sorges Sorgen

Sehr schön präsentiert Kreitz die Geschichte als Dokumentar-Comic, indem sie immer wieder gealterte Zeitzeugen direkt ins Bild setzt, die über Sorge spre-



chen. Das tragische Schicksal der Hauptfigur ist jederzeit spürbar, aber auch die Kritik an ihr. Die Zeitgenossen hätten einen zuverlässigen, sorgsam Partner gebraucht, nicht einen arroganten Exzentriker, aber Sorge hatte sich und die Welt zu diesem Zeitpunkt schon aufgegeben und kämpfte eigentlich nur noch aus Rachelust und um am Ende Recht zu behalten. Dennoch, unsympathisch hin oder her – er kämpfte bis zum bitteren Ende auf der richtigen Seite. Dank ihm wusste die Rote Armee einiges, was sie nicht hätte wissen dürfen, denn er, Richard Sorge, war entschlossen Hitler den Garaus zu machen. Aber Genaueres soll an dieser Stelle nicht verraten werden – die Lektüre lohnt sich.



Der Botschafter von Nazi-Deutschland auf Krankenbesuch bei Sorge

Im Moment lohnt sich ein Blick in den Carlsen Verlag. Ursprünglich kein Verlag, der für anspruchsvolle Inhalte stand, entwickelt er sich zum Herausgeber einiger sehr schöner, allerdings nicht ganz preiswerter Comics. Diese nennen sich selbst lieber Graphic Novels², um vom Schmutz-Image, welches dem Comic-Heft anhaftet, wegzukommen. Wie es scheint, funktioniert das. Verglichen mit dem französischen oder englischen Markt führt der Comic in unseren Breitengraden zwar nach wie vor ein Mauerblümchen-Dasein, aber es kündigen sich bessere Zeiten an. So ist jetzt beispielsweise ein Che-Guevara-Comic auf Deutsch erhältlich, der 1976 entstanden ist und sofort durch die argentinische Militärdiktatur verboten wurde, weshalb er lange Zeit als verloren galt. Ausserdem die beiden ersten Bände von «Berlin». Auch dieser Comic ist unbedingt lesenswert. Jason Lutes – es handelt sich um eine Übersetzung aus dem Amerikanischen – bemüht sich das Leben in Berlin Ende der 20er Jahre in verschiedenen Spielarten einzufangen, alle ausser den Nazis kommen in diesem Panoptikum zu Wort. Während in edlen Salons die Schickeria kokst und sexuell experimentiert, hungern draussen die ArbeiterInnen, kämpfen KommunistInnen für ein besseres Leben und werden dabei von Bullen und Nazis angegriffen und einigen Pazifisten wird unter fadenscheiniger Anklage der Prozess gemacht. Alle diese Facetten vernetzt er lose und erzielt dadurch ein vielschichtiges Bild einer Stadt kurz vor der grossen Explosion. Auf weitere Bände dürfen wir deshalb gespannt sein.

¹ Isabel Kreitz, Die Sache mit Sorge: Stalins Spion in Tokio, 253 Seiten, Carlsen 2008.

² Weitere Infos: <http://www.carlsen.de/web/graphicnovel/index>

ABAKUS

(kur) Im Abakus des letzten aufbaus sagt eine Frau zu einem Mann: «Ich werde dir gleich eine Frage stellen, die du einfach mit 'ja' oder 'nein' beantworten kannst. Die Frage ist äusserst einfach, du wirst die richtige Antwort kennen. Trotzdem wird es dir nicht möglich sein, mir die richtige Antwort zu sagen. Jeder andere könnte mir vielleicht die richtige Antwort sagen, du aber nicht. Dennoch bist du der einzige Mensch auf Erden, welcher die richtige Antwort kennt.» Wie lautet die Frage? Ganz einfach: «Wirst du diese Frage mit 'nein' beantworten?»

Heute ist Märchenstunde: Die sieben Zwerge spazieren durch den Wald. Jeder Zwerg trägt eine Zipfelmütze von unterschiedlicher Farbe. Nun fegt plötzlich ein Windstoss durchs Geäst, der Ihre Mützen wegweht. Die Zwerge laufen ihren Mützen hinterher und jeder setzt sich den ersten Hut auf, den er gerade findet. Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, dass danach genau sechs Zwerge ihre eigene Mütze tragen?

Verkaufsstellen Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich / Chornladen, Fierzgasse 16, 8005 Zürich / Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur / Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4 / Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern / Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern / Café Kabul, Rickenbachstrasse 56, 6430 Schwyz / Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen / Buchhandlung Waser, Feldbergstrasse 30, 4057 Basel / Buchhandlung Waser, Rümelinsplatz 17, 4001 Basel / Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel.

Verkaufsstellen Deutschland: Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg / Infoladen Stuttgart, Ludwigstr. 110a, 70197 Stuttgart / Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn / Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg / Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt / Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43, 80799 München / Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin / Jos Fritz Buchhandlung, Wilhelmstr. 15, 79098 Freiburg / Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.